

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 226 · 19. JAHRGANG · AUSGABE 11/2013 VOM 13. NOVEMBER 2013 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Abwahlbegehren gegen
Bürgermeister in Bernau**
Kontroverse in der Bernauer Linken

8/9 | **Industrielle
Fleischproduktion**
Für und Wider

14 | **Philipp Zopf – ein großer
Sohn des Volkes**
Der Urenkel besuchte Eberswalde

Und wer kauft dann die Autos?

Bald nun ist Weihnachtszeit. Schöne Zeit. Geschenke-Zeit. Konsum-Zeit. Für viele Einzelhändler entscheiden die Monat November und Dezember darüber, ob das Jahr ein gutes oder schlechtes Geschäftsjahr wird.

Im US-amerikanischen Flint zeigte ein Manager dem Gewerkschaftssekretär die neue vollautomatisierte Automobil-Produktionshalle mit den Worten:

»Und wer soll jetzt die Gewerkschaftsbeiträge zahlen?« Die Antwort war eine Gegenfrage: »Und wer soll jetzt die Autos kaufen?« Diese Anekdote benennt den auf Dauer unlösbaren Widerspruch des Kapitalismus.¹

Die Lösung des Kapitalismus heißt Wachstum. Krisen und Zerstörung helfen, die physischen Grenzen des Wachstums immer wieder zu erweitern. Die Spirale des Wachstums geht einher mit einer Spirale der Zerstörung.

Dennoch, so oft auch die Apokalypse beschworen wurde und so oft sie in Teilen der Welt für unzählige Menschen Realität wurde, der materielle Reichtum im Weltmaßstab nahm und nimmt zu und mit ihm nicht nur das materielle Lebensniveau im Durchschnitt, sondern in der generellen Tendenz auch das der unteren gesellschaftlichen Schichten.

Noch immer verhungern auf dieser Welt Millionen Menschen. Aber im Vergleich zu Zeiten vor 50, 100 oder 500 Jahren ist der Anteil der Verhungerten an der Weltbevölkerung geringer geworden.²

Trotz der gefühlten Preissteigerungen werden die Produkte in ihrer Gesamtheit nicht nur massenhaft, sondern zugleich auch billiger, oder »wohlfeiler«, wie Marx es nannte. Das wird durch die Preissteigerungen infolge der Geldentwertung, der Inflation, verdeckt. Doch tendenziell wird es aktuell immer schwieriger, eine für das Wirtschaftswachstum erforderliche »gesunde« Inflationsrate aufrechtzuerhalten. Deflation droht.³

Was passiert, wenn niemand mehr die vollautomatisch hergestellten Produkte kauft? Dann sinken sie im Preis. Die Lohnarbeiter benötigen weniger Lohn, um die gleiche Menge an Produkten zu kaufen. Sie müssen also weniger für Lohn arbeiten. Das passiert schon massenhaft. Nur daß nicht alle weniger arbeiten, sondern einige gar nicht und andere

dafür umso mehr. Die, die viel arbeiten, haben Streß und Burnout durch die viele Arbeit. Die anderen haben Streß und Burnout durch die fehlende Arbeit.

Ob letztere den Streß fehlender vernünftiger Arbeit durch ein gesichertes Grundeinkommen loswerden, wie manche es vorschlagen, ist ungewiß. Die bessere Lösung wäre eine kürzere Arbeitszeit für alle.

Die Schaffung materiellen Reichtums wird auch künftig – auch bei vollautomatischen Fabriken – ein bestimmtes

Quantum menschlicher Arbeit erfordern. Auch wenn sich die Reichtumsproduktion ohne Wachstum auf die bloße Reproduktion beschränkt. Wobei es Wachstum sicherlich immer geben wird – nur daß sich die Inhalte wandeln. Anstelle des vorwiegend quantitativen Wachstums wird ein vorwiegend qualitatives treten.

Die materiellen Bedingungen für ein Leben ohne quantitatives Wachstum oder besser mit überwiegend qualitativem Wachstum sind schon da. Die gesellschaftlichen Bedingungen noch nicht. Noch droht das Stoßen an die Wachstumsgrenzen vor allem Zerstörung hervorzubringen. Zerstörung schadet uns allen.

Helfen wir also vorerst mit, den Händlern ein gutes Geschäftsjahr zu verschaffen. Beschenken wir uns mit materiellen Dingen.

Kaufen wir, konsumieren wir. Es ist Geschenke-Zeit. Schöne Zeit. Bald ist Weihnachtszeit.

GERD MARKMANN



1 – Heinz Weinhausen in der Contrast-Beilage der TAZ, 1998.

2 – Björn Lomborg: Apocalypse no! : wie sich die menschlichen Lebensgrundlagen wirklich entwickeln, zu Klampen Verlag Lüneburg 2002.

3 – Am 7. November 2013 hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Zinssatz um 25 Basispunkte auf 0,25 % gesenkt. Hintergrund war die Inflationsentwicklung, die mit 0,7 % im Oktober deutlich unterhalb der von der EZB anvisierten 2-Prozent-Marke lag.

Ehre den Kämpfern!

Seit dem 1. Dezember 2009 gibt es Eberhard Paul – Paul aus Petershagen – nur noch in unserer Erinnerung. Er war, kurz nach dem Besuch einer Gerichtsvollzieherin des Strausberger Abwasserzweckverbandes an seinem Computer zusammengeklappt und nicht wieder aufgewacht. Die innere Anspannung und psychische Überlastung ob des Verbandsterors zur Beitreibung nicht gerechtfertigter Gebühren hatten seine Kräfte überfordert, mehr als er sich vorher eingestehen wollte.

Uns, vor allen Dingen natürlich seiner Ehefrau, fehlt er seitdem. Trotzdem – er ist immer noch da! Das, was er gedacht und geschrieben und getan hat, das ist immer noch lebendig und jeder, der es will, kann es lesen und daraus lernen.

Die Saat, die Eberhard Paul gelegt hat, ist aufgegangen. So sehr sich die Landesregierung und die Aufgabenträger auch mühen, die landesweite Bürgerbewegung für einen sparsamen und nachhaltigen Umgang mit Wasser totzuschweigen, es gibt sie noch, die Bürgerbewegung. Sie werden von den Medien gern als Abwasserrebell diffamiert. Aber das sind sie gerade nicht. Ihr wichtigstes Argument, so hat es auch Eberhard Paul gelebt, ist das Gesetz!

Vor Jahresfrist hätte das noch niemand für möglich gehalten: An jedem Dienstag gibt es in Bernau bei Berlin eine Demonstration gegen die sogenannten Altanschließerbeiträge. Immer mehr Bürger fragen die Landesregierung nach ihrer Ermächtigungsgrundlage. Das von ihr selbst erfundene, neue Kommunalabgabengesetz kann es nicht sein, denn das steht sogar im Widerspruch zu Bundesgesetzen! Wir stellen immer wieder fest, Eberhard Paul hat es jahrelang getan, und sagen es laut: Die Handlungen der Landesregierung, jedenfalls wenn es um Wasser und Abwasser geht, haben mit Gesetzlichkeit nichts zu tun. Es gilt eher das Wort des vormaligen Ministerpräsidenten Dr. Stolpe: Bei Wasser und Abwasser ist die Grenze zur Kriminalität überschritten!

Wo kriminelles Handeln den Lebensrhythmus bestimmt, da ist der Tod nicht weit. In diesem Jahr haben wir wiederum einen unserer aktivsten Kämpfer für Wassergerechtigkeit verloren. Der Name Karl Otto Zabel war in der Landesregierung und bei den Wasserverbänden und den Verwaltungsrichtern ein Begriff. Der Mann war ihnen ein Dorn im Auge, ein Pfahl im Fleisch! Sie haben ihn mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und dabei waren sie nicht »fein«, aber erfolgreich, wie wir jetzt feststellen müssen.

Nun wird er ihnen nicht mehr in die Quere kommen. Aber das nützt nichts. Es werden immer wieder neue Kämpfer auf den Plan treten und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten, so wie es Eberhard Paul und Karl Otto Zabel getan haben. Wir ehren ihr Andenken!

JOHANNES MADEJA,
Wasser in Bürgerhand/W!B

Stadtforum »Eberswalde 2030«

Eberswalde (prest-ew/bbp). Am 13. November und am 9. Dezember will die Stadtverwaltung Eberswalde mit den Einwohnerinnen und Einwohnern erneut in einen öffentlichen Dialog treten. Zu Vorstellungen und Ablauf des Stadtforums sagte Baudezernentin Anne Fellner: »Es geht darum, Zukunft für Eberswalde gemeinsam zu gestalten. Wir wollen beim Stadtforum Projektideen entwickeln und erwarten, daß dafür auch zahlreiche Vorschläge eingehen werden. Nur so können wir unser Stadtentwicklungskonzept fortschreiben und Eberswalde für die Herausforderungen der kommenden Jahre fit machen.«

Die erste Veranstaltung am 13. November, ab 18 Uhr, im Paul-Wunderlich-Haus im Zentrum der Stadt, solle an »die konstruktive und kreative Diskussion des Vorjahres« anschließen, die unter dem Titel »Übermorgen Eberswalde«

lief. In zehn sogenannten World-Cafés sollen Ansätze und Ideen erörtert werden. Die Themen sind: Gut Leben in Eberswalde, Gute Arbeit, gutes Auskommen, Fürs Leben lernen, Kommen und bleiben, Perspektive Stadt Region, Viele Orte – eine Stadt, Erlebnis Finowkanal, Nachhaltig in die Zukunft, Eberswalde für alle und Gute Nachricht Eberswalde.

Im zweiten Stadtforum am 9. Dezember soll dann die Prioritätensetzung bei Zielen und Projekten im Fokus stehen. Die Ergebnisse aus beiden Stadtforen finden dann Eingang in das Stadtentwicklungskonzept »Strategie Eberswalde 2030«, das im ersten Quartal 2014 den politischen Entscheidungsträgern der Stadt vorgelegt werden soll. Über die Ergebnisse der beiden Stadtforen wird auf der Internetseite der Stadt www.eberswalde.de informiert.

Wir sind die Größten!

Unter diesem Titel wurden in der Oktober-BBP Bürgermeister glossiert, die glauben machen möchten, ihre Stadt sei die größte im Land Brandenburg. Allerdings werden die Städte nicht beim Namen genannt.

Aber die Leser der Barnimer Bürgerpost wissen, daß die Stadt Eberswalde auf jeden Fall dabei gewesen sein muß, denn es vergeht kein Tag, an dem nicht die Stadtoberen tönen, daß die Stadt Eberswalde Spitze ist.

So gefiel sich Bürgermeister Boginski auf der Rednertribüne der Sound City Musikschultage in Eberswalde mit der Feststellung: Eberswalde ist die Kulturhauptstadt von Nordostbrandenburg. Gegenwärtig diskutieren die Eberswalder Stadtverordneten das Energie- und Klimakonzept der Stadt. Darin heißt es: Wir sind gut, aber wir können mehr! Und ein Stück weiter: So kann Eberswalde Vorreiter für Klimaschutz und Klimaanpassung sein ...

Im Ausschuß für Energiewirtschaft der Stadt erkannte der Mitarbeiter der Kreisverwaltung Karl-Heinz Aßmann im Energie- und Umweltkonzept gar einen für andere Städte beispielhaften Quantensprung.

Die Stadtverordneten beschlossen jüngst, daß Eberswalde den Titel »Fairtrade-Stadt« anstrebt. Als ersten Schritt soll es bei »der Stadtverordnetenversammlung selbst und im Bürgermeisterbüro Fairtrade-Kaffee und mindestens ein weiteres Produkt aus dem fairen Handel« geben. Das wird der Dritten Welt gewiß helfen. Ebenfalls bringe der Titel Fairtrade-Stadt überregionale Aufmerksamkeit, da Eberswalde unter immerhin 180 bundesweit verteilten Titeln die erste Fairtrade-Stadt in Brandenburg wäre. Na dafür lohnt es sich doch Kaffee zu trinken.

»Eberswalde macht mehr! – Tradition trifft Moderne« ist das Leitbild Eberswalde 2020 überschrieben. Mehr scheinen als sein – das scheint hier die Devise. Geht es nicht ohne übertriebenes Eigenlob? Eigenlob stinkt. Eigenlob macht eitel und blind. Und schadet uns, statt uns nach vorn zu bringen.

ALBRECHT TRILLER

Barnimer Kulturpreis 2013

Kreistagsfraktion und Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen loben auch in diesem Jahr den Barnimer Kulturpreis aus.

Der Kulturpreis 2013 ist wieder mit 750 Euro dotiert. Finanziert wird der Preis durch bündnisgrüne Kreistagsabgeordnete, die ihre Aufsichtsratsbezüge aus kommunalen Unternehmen dafür zur Verfügung stellen.

Bewerben können sich ehrenamtlich tätige Kulturschaffende, Vereine und Initiativen, die bereits über einen längeren Zeitraum zur Bereicherung des kulturellen Angebotes im Landkreis Barnim beitragen. Die Kulturangebote können sich sowohl an Kinder und Jugendliche als auch an Erwachsene richten.

Die einzureichenden Vorschläge sollten eine anschauliche Darstellung des kulturellen Wir-

kens sowie den Zeitraum der Aktivitäten enthalten. Die Unterlagen sind bis zum 24. November 2013 in der Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde einzureichen. Zulässig sind Eigenbewerbungen und qualifizierte Auszeichnungsvorschläge.

Die Bewertung erfolgt durch eine Jury, bestehend aus bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten und Vertretern aus dem Kulturbereich. Im letzten Jahr wurden die Organisatoren der Freizeitkünstler-Ausstellung Eberswalde mit dem Kulturpreis ausgezeichnet.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Viele Ortsteile – eine Stadt

Die Stadtverwaltung hat eine interne Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, um die nötigen Änderungen der Eberswalder Hauptsatzung für eine Neuordnung der Ortsteile vorzubereiten. Veranlassung dazu gab ein Vorschlag der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler zur Angleichung der Gebietsgrenzen für die statistischen Bestandserhebungen und -bewertungen (Stadtbezirke) an die Grenzen der Ortsteile (BBP 10/2013).

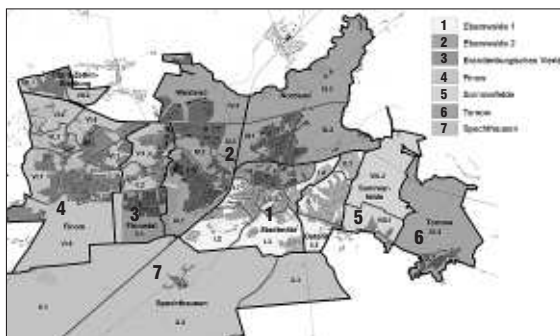
Die Fraktion gliedert ihre Beschlussvorlage entsprechend an. Neben der Auftragserteilung an die Stadtverwaltung enthielt der geänderte Vorschlag die Aufforderung, die Fraktionen, fraktionslosen Stadtverordneten sowie die Ortsteilvertretungen in die Erarbeitung der Vorlage einzubeziehen. Allerdings hielten die meisten Stadtverordneten sowohl den Auftrag als auch ihre Mitarbeit an der Neuordnung der Ortsteile für überflüssig. Nur sieben Stadtverordnete stimmten mit Ja, drei enthielten sich.

Die Mitglieder der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler bleiben bei ihrer Auffassung, daß bei so wichtigen Aufgaben wie die Neugliederung der Ortsteile, die Stadtverwaltung nicht ohne Auftrag und Aufgabenstellung handeln sollte. Die Hauptsatzung, die für die Neuordnung der Ortsteile zu ändern ist, gehört nicht ohne Grund zu jenen Angelegenheiten, die laut Kommunalverfassung in der ausschließlichen Zuständigkeit der Gemeindevertretung liegen.

In den Mühlen der Verwaltung werden verständlicherweise in erster Linie jene Mißstände bearbeitet, die den normalen Verwaltungsablauf stören. Als einfache Lösung für die Statistikprobleme wird der Wechsel der beiden Stadtunterbezirke Leibnizviertel und Schleusenstraße vom Ortsteil Eberswalde 2 zum Ortsteil Eberswalde 1 vorgeschlagen. Im Falle des Stadtbezirks Finowtal brauchte es gar keine Hauptsatzungsänderung, da hier nur die Stadtbezirksgrenzen an die Ortsteilgrenzen angepaßt werden sollen. Eine dritte Änderung ist laut Verwaltung im Bereich Kahlenberg vorgesehen, der zwar zum Ortsteil Sommerfelde gehört, aber durch den Finowkanal abgetrennt ist. Dieser Bereich soll künftig zum Ortsteil Eberswalde 2 gehören.

»Wenn wir uns jetzt mit Änderungen der Gliederung der Stadt Eberswalde in Ortsteile befassen«, meint die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler, »sollten wir nicht nur die akuten Mißstände beseitigen, sondern eine grundsätzliche Diskussion zulassen«.

Die Fraktion hat daher in die Stadtverordnetenversammlung am 21. November den konkreten Vorschlag eingebracht, die Ortsteile der Stadt auf Grundlage der Stadtbezirke zu bilden. »Die Stadt Eberswalde besteht demnach künftig aus den Ortsteilen Finow, Clara-Zetkin-Siedlung, Brandenburgisches Viertel (bisheriger Stadtbezirk Finowtal), Westend, Nordend, Stadtmitte, Ostend, Sommerfelde, Tornow und Spechtshausen.« Das entspricht den Vorgaben der brandenburgischen Kommunalverfassung in



§ 45 Absatz 1, wo es heißt: »Im Gebiet einer amtsfreien Gemeinde können Ortsteile gebildet werden, wenn ausreichend große, räumlich getrennte, bewohnte Gemeindeteile vorhanden sind.«

Die gegenwärtigen Ortsteile folgen dieser Vorgabe nur zum Teil. Einerseits werden räumlich zusammengehörende Stadtteile, wie Stadtmitte und das Leibnizviertel verschiedenen Ortsteilen zugeordnet, andererseits sind räumlich getrennte Stadtteile, wie das Leibnizviertel, Nordend und Westend oder Stadtmitte und Ostend zu jeweils einem Ortsteil zusammengefaßt worden.

Eine Folge davon ist, daß sich ein Ortsteilleben in diesen zusammengewürfelten Ortsteilen nur schwer entwickeln kann. Stattdessen zeigen sich separate Ansätze in den einzelnen Stadtteilen, wie z.B. dem Ortsteilverein Westend, dem Siedlerverein in der Clara-Zetkin-Siedlung oder auch einzelnen lokal orientierten Bürgerinitiativen in Nordend und Ostend.

Hier zeigt sich, daß die Einwohnerinnen und Einwohner überschaubare Strukturen brauchen und auch suchen, in denen sie sich wiederfinden und in denen sie sich organisieren können.

Die Kommunalverfassung bietet auch dafür gute Voraussetzungen. In einer zweiten Beschlussvorlage nimmt die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler darauf Bezug und schlägt »eine Erweiterung der Rechte der Ortsteilvertretungen gemäß §§ 45 und 46 der Brandenburgischen Kommunalverfassung« vor. So sollten in allen Ortsteilen Ortsbeiräte gebildet werden. Ortsteile mit mehr als 1.000 Einwohnern sollten dabei bis zu 6 Mitglieder und solche mit mehr als 10.000 Einwohnern bis zu 9 Mitglieder haben. Auch bei den Entscheidungsbefugnissen und hinsichtlich eines Verfügungsfonds (Ortsteilfonds) soll nach Auffassung der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler die Kommunalverfassung ausgeschöpft werden.

Die Fraktion versteht die Vorlagen als Aufforderung für eine breit angelegte Diskussion innerhalb der demokratischen Vertretungsgremien und der Bürgerschaft der Stadt.

GERD MARKMANN

Mehr Rechte für die Ortsteile

Aus der Sachverhaltsdarstellung der Beschlussvorlage der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler für die StVV am 21. November:

Die kommunale Selbstverwaltung und das Subsidiaritätsprinzip sind im Grundgesetz der BRD festgeschrieben. Davon ausgehend bietet die Brandenburgische Kommunalverfassung eine Reihe von Möglichkeiten, diese Prinzipien auch innerhalb der Kommunen auszugestalten.

Die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler ist davon überzeugt, daß die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Eberswalde die Reife und Kompetenz besitzen, die gebotenen Möglichkeiten verantwortungsvoll und zum Wohle der Stadt Eberswalde im allgemeinen und seiner Einwohnerinnen und Einwohner im besonderen anzuwenden.

Das Prinzip »Demokratie wagen« ist dabei nicht nur ein schöner Spruch, sondern zunehmend ökonomische Notwendigkeit, um das Funktionieren der kommunalen Selbstverwaltung zu gewährleisten. Aufgrund der allgegenwärtigen Sparzwänge werden viele bisher dezentral vorgehaltene Funktionen der kommunalen Verwaltung zentralisiert. Außenstellen der Stadtverwaltung werden aufgelöst, die Präsenz in der Fläche kann nicht mehr aufrechterhalten werden. Umso wichtiger ist für die Zukunft das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen...

Ehrenamtliches Engagement setzt auch voraus, daß auch tatsächlich Möglichkeiten zum Agieren vorhanden sind. Die Kommunalverfassung ermöglicht mit den Regelungen in § 46 Absatz 3, die Ortsbeiräte mit entsprechenden Kompetenzen zu versehen.

Mit der Bildung von Ortsbeiräten in bisher nur durch eine Ortsvorsteherin oder einen Ortsvorsteher vertretenen Ortsteilen erweitern sich für die Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeiten zum Mittun. Dabei sollte der Spielraum, der in § 45 Absatz 2 der Kommunalverfassung gegeben wird, genutzt werden. Entsprechend der Einwohnerzahlen des jeweiligen Ortsteils, aber auch der Zahl der Bewerber, sollen mindestens 3 bis höchstens 9 Mitglieder möglich sein.

Nach § 46 Absatz 3 können den Ortsbeiräten die Entscheidungsmacht über Angelegenheiten zugestanden werden, wie der Reihenfolge bei Straßenunterhaltung und -ausbau, der Ortsbildpflege und zu öffentlichen Einrichtungen, deren Bedeutung nicht über den Ortsteil hinausgeht. Desweiteren ist in § 46 Absatz 4 der Kommunalverfassung die Möglichkeit vorgesehen, für bestimmte Dinge »... dem Ortsbeirat Mittel zur Verfügung stellen«.

Mit der Übertragung der genannten Entscheidungsbefugnisse und dem Gewähren von finanziellen Mitteln, über die die Ortsbeiräte im vorgegebenen Rahmen verfügen können, wird sichergestellt, daß das bürgerschaftliche Engagement in den Ortsteilen auch den nötigen Spielraum und eine materielle Grundlage erhält.

Schulsozialarbeit **Störende Fassaden am Denkmal**

Eberswalde (bbp). »Schulsozialarbeiter für jede Schule« hatte die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AfW) gefordert und im September eine entsprechende Beschlußvorlage in die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung eingebracht (BBP 10/2013).

Die Vorlage erntete teilweise Zustimmung, aber auch heftigen Gegenwind. Zur Notwendigkeit, die Schulsozialarbeit an den drei Eberswalder Grundschulen zu verbessern, gibt es kaum Widerspruch. Zuletzt hatte beispielsweise die SPD-Fraktion erfolglos vorgeschlagen, einen Teil des der Stadt zugeflossenen Erbes für eine Erweiterung der Schulsozialarbeit an der Grundschule Schwärzensee zu verwenden.

Natürlich gibt es auch Fraktionen und Stadtverordnete, die Schulsozialarbeit für nicht so wichtig halten. Ronny Hartmann (FDP/BFB) beispielsweise, so sagte er es im Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport am 9. Oktober, hält die Beschäftigung mit dem Thema Schulsozialarbeit für Zeitverschwendung.

Damit lag er auf einer Linie mit dem obersten Kassenwart der Stadt, dem Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff. Der brandmarkte den Vorschlag der Fraktion DL/AfW sogar als rechtswidrig, weil die Beschlußvorlage keine Finanzierungsvorschläge enthielt. Später berichtete er, daß der Vorwurf der Rechtswidrigkeit nur für den Fall gelte, wenn der Vorschlag so beschlossen worden wäre. Allerdings hält Gatzlaff mit seinem Einwurf, der in den Finanzausschuß gehört hätte, die inhaltliche Debatte im Bildungsausschuß erfolgreich torpediert.

Carsten Zinn stellte auf der Sitzung der Stadtverordneten am 24. Oktober für die Fraktion DL/AfW klar, daß sich die Fraktion selbstverständlich bewußt sei, daß es noch Diskussionsbedarf gibt. »Wir haben diese Vorlage bewußt in die verschiedenen Fachausschüsse zur Beratung eingebracht und nun auch der Verschiebung um einen Monat zugestimmt, um die Möglichkeit zu geben, alle Für und Wider auszudiskutieren, gegebenenfalls Änderungsvorschläge aufzunehmen und selbstverständlich auch, um nach finanziellen Deckungsmöglichkeiten zu suchen«, stellte Zinn klar. »Die Schulsozialarbeit gehört zu den Pflichtaufgaben des Landkreises. Diese Forderung sollten wir klar artikulieren. Es hilft unseren Kindern aber wenig, wenn wir es dabei belassen. Wir sind es unseren Kindern, aber auch den Pädagoginnen und Pädagogen einschließlich den Erzieherinnen und Erziehern schuldig, im Rahmen unserer Möglichkeiten selbst aktiv zu werden.«

Gatzlaff hatte selbst auf verschiedene Möglichkeiten, wie eine Finanzierung realisiert werden könnte, hingewiesen.

Inzwischen gibt es seitens der SPD-Fraktion einen Änderungsantrag. Auch seitens der LINKEN sind Vorschläge formuliert worden.

»Wir würden es begrüßen«, so Zinn, »wenn wir zu einem gemeinsamen Vorschlag kommen könnten und sind auch gerne bereit, andere Fraktionen als Miteinreicher aufzunehmen.«

Eberswalde (bbp). Am 9. November besuchte Bundespräsident Gauck Eberswalde, um an der offiziellen Einweihung der neuen Synagogen-Gedenkstätte in der Goethestraße teilzunehmen. Der fraktionslose Stadtverordnete Dr. Hans Mai, einst von 1990 bis zu seiner im Juni 1995 erfolgten Abwahl Bürgermeister der Stadt Eberswalde, zeigte sich zuvor auf der Sitzung der Stadtverordneten am 24. Oktober sehr besorgt wegen des unschönen Anblicks der rückwärtigen Fassaden einiger angrenzender Garagen. Ob es denn nicht möglich wäre, ob des bevorstehenden hohen Besuchs, die un-

schönen Fassaden wenigstens irgendwie zu verdecken.

Bürgermeister Friedhelm Boginski erläuterte, daß diese Garagen im nächsten Jahr abgerissen werden. Insofern wäre eine Fassadensanierung pure Verschwendung gewesen. Man habe sich aber mit den Mitarbeitern des Bundespräsidenten, die den Präsidentenbesuch am 9. November vorbereiteten und das Gelände vorab gründlichst besichtigt hatten, darauf verständigt, Presse und Fernsehen so zu plazieren, daß die Fassaden bei der Berichterstattung nicht ins Bild kommen.



Die Gedenktafel an der Goethestraße diente seit den 1960er Jahren der Erinnerung und dem Gedenken an die Pogromnacht vom 9. November 1938, in der die Eberswalder Synagoge dem organisierten faschistischen Mob zum Opfer fiel. Dahinter in der Bildmitte sind die Betonwände des neuen Denkmals sichtbar, in deren Innern Bäume eingemauert sind. Rechts daneben, vor dem Parkhaus des Landkreises sind die Garagen zu sehen, die beim »hohen Besuch« das Bild störten.

Altlasten am Luisenplatz

Eberswalde (bbp). Der Luisenplatz in Westend wird neu gestaltet. Im Rahmen der Vergabe der Bauleistungen hatte Dr. Günther Spangenberg (Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler) unter Bezugnahme auf die Nachträge, die wegen überraschend aufgetretener Altlasten beim Projekt Finowkanalpromenade notwendig wurden, angefragt, wie mit der gleichen Problematik im Falle des Luisenplatzes verfahren werde. Baudezernentin Anne Fellner bestätigte die

Vorbelastung des Platzes durch Altlasten aufgrund der benachbarten ehemaligen Dachpappenfabrik. Bei der Erstellung der Planung seien daher unter Berücksichtigung der historischen Erkenntnisse über die Nutzung dieses Geländes vier Bodenproben genommen und ausgewertet worden. Die Ergebnisse der Bodenproben sind mit Kostenermittlungen für die Beseitigung von gegebenenfalls auftretenden Altlasten in die Ausschreibung eingeflossen. Es wurde kalkuliert, daß 80 % des Bodens unter dem Belastungsgrad Z 2 klassifiziert werden und 20 % des Bodens gleich oder größer dem Belastungsgrad Z 2. Boden unter dem Z 2-Wert darf deponiert werden, Boden mit darüberliegenden Werten muß der SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH angemeldet und verbrannt werden. Nachträge wegen nicht vorhersehbaren Altlasten können nicht vollständig ausgeschlossen werden, da flächendeckende Bodenuntersuchungen nicht möglich sind, sagte die Baudezernentin.

Die Baumaßnahme »Gestaltung Luisenplatz« hat einen Kostenumfang von 298.738,71 Euro und wurde an die Firma THARO Straßen- und Tiefbau GmbH aus Eberswalde vergeben.

Waldwander-Kita

»Sputnik« mit zweiter Waldwandergruppe

Eberswalde (bbp). In der Kita »Sputnik« gibt es seit einigen Jahren eine Waldwandergruppe. Die Kinder dieser Gruppe sind an jedem Tag, egal welches Wetter ist, für mehrere Stunden im Wald unterwegs. Aufgrund des zunehmenden Bedarfs wird es ab August 2014 eine zweite Waldwandergruppe mit 18 Plätzen geben, die zum Teil schon besetzt sind. Es können aber noch Anträge gestellt werden. Der Kita stehen dann zusammen mit der ersten Waldwandergruppe insgesamt 36 Plätze zur Verfügung.

Bürgermeister-Abwahl in Bernau

Bernau (bbp). »Schon im Sommer dieses Jahres, als die Demonstrationen gegen die Anschlußbeiträge auf dem Bernauer Marktplatz begannen«, so ist auf der Internetseite der Bürgerinitiative WAV Panke/Finow zu lesen, »wurden erste Rücktrittsforderungen an den Bürgermeister der Stadt Bernau, Hubert Handke, laut. Den anfänglichen Bonus – Herr Handke kam zu den Demos und hörte den Teilnehmern zu – verspielte er spätestens bei der Stadtverordnetenversammlung am 15. August.« Am 5. November startete nun ein Abwahlbegehren. »Wir werfen Hubert Handke u. a. vor, mit seinem politischen Gewicht und als WAV-Vorsteher die von uns als unsozial empfundene Wasser- und Abwasserpolitik des Verbandes maß-

geblich zu bestimmen und sowohl Bürgersorgen als auch den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 5. März 2013 zu mißachten.« Eine Abwahl sei trotz der Kommunalwahl im Mai nächsten Jahres erforderlich, weil die Amtszeit von Bürgermeister Hubert Handke erst 2017 endet. »So lange wollen wir nicht mehr warten.«

Kommen innerhalb von vier Wochen Unterschriften von mindestens 20 Prozent der wahlberechtigten Personen, also mindestens 6300, zusammen, kann ein Bürgerentscheid zur Abwahl eingeleitet werden. Um mögliche ungültige Unterschriften auszugleichen, wollen die Initiatoren insgesamt 8.000 Unterschriften sammeln.

»Abwahl ist keine Problemlösung«

Erklärung des Bernauer Stadtvorstandes der LINKEN

Die direkte Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger über Bürgerentscheide und Bürgerbegehren – oder den Bürgerhaushalt – hat DIE LINKE stets unterstützt und hält auch weiterhin daran fest.

Das aktuell laufende Bürgerbegehren zur Abwahl des Bernauer Bürgermeisters wird aus unserer Sicht mit einem einzigen Thema (Wasser/Abwasserproblematik) verbunden. Damit gerät eine Gesamtbewertung der Amtszeit des Bernauer Bürgermeisters in den Hintergrund. Ein Personalwechsel im Bernauer Rathaus wäre kein Garant dafür, daß dieses Problem grundlegend anders gelöst wird. Gleichwohl verstehen wir den Unmut über das Agieren des Bürgermeisters in Fragen der Altanschießerproblematik.

Der Bürgermeister war während seiner Amtszeit ein verlässlicher Ansprechpartner. Mit ihm konnte DIE LINKE viel bei der Kinderbetreuung und den Schulen in Bernau voranbringen. Auch zukünftig muß der oder die BürgermeisterIn ein verlässlicher Ansprechpartner sein, wenn es beispielsweise um die Be-

lange unserer Kinder geht. Gleichzeitig bemängeln wir, daß Beschlüsse der SVV oftmals nur unzureichend durch die Verwaltung umgesetzt wurden und die Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung (Bürgerhaushalt, Einwohnerbeteiligungssatzung, etc.) durch den Bürgermeister nur unzureichend unterstützt wurden. Die Zusammenarbeit zwischen Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung/Bürgermeister muß sich dringend dahingehend verbessern, daß der politische Gestaltungsanspruch der SVV sich deutlicher im realen Verwaltungshandeln widerspiegelt.

Wir unterstützen das Bürgerbegehren in der jetzigen Form nicht. Das berechtigte Anliegen vieler Bürgerinnen und Bürger Bernaus wird von rechten Trittbrettfahrern mißbraucht. DIE LINKE hat mehrere Anträge in die SVV eingebracht, die die Problematik lösen sollten. Diese wurden von der Mehrheit der Bernauer SVV abgelehnt. Das jetzige Abwahlbegehren wird das Problem nicht lösen.

*THOMAS SOHN, Vorsitzender
Stadtvorstand DIE LINKE BERNAU*

Neue Grün- und Spielfläche in Stadtmitte

Eberswalde (prest-ew/hbp). Am 14. Oktober begannen die Arbeiten zur Neugestaltung einer Grünfläche an der Schneiderstraße. Der Fund einer Werfergranate aus dem Zweiten Weltkrieg am 5. November verzögerte die Arbeiten nur kurz.

Barrierefreie Wege und eine Kletterlandschaft sollen das Areal für Anwohner als Ort der Erholung erschließen und für Kinder attraktiver gestalten. Als Ergebnis eines Ideenaustausches mit den Anwohnern werden die dort wachsenden Weiden und ein Feuchtbiotop weitestgehend erhalten bleiben. Wege sollen künftig die zwischen Schneiderstraße und Eichwerderstraße vorhandene Wiese auch für ältere Menschen erschließen. Bänke, auf die Roteschen ihre Schatten werfen, werden ruhige Plätze für

Passanten sein. Auf einer ganzen Reihe von Spielgeräten können Kindern aus dem Wohnumfeld dann spielen. Unter anderem sind ein Gartenhaus mit mehreren Ebenen, Plattformen zum Erklimmen, ein Wackelpodest für Schwindelfreie sowie ein Gurtsteg und eine Kletterlandschaft aus gespannten Seilen vorgesehen. Entlang der beiden angrenzenden Straßen werden Gehölze gepflanzt.

Finanziert wird der Umbau des Platzes in Höhe von circa 150.000 Euro aus dem Programm Stadtbau Ost. Im kommenden Frühjahr sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. Mitte April dieses Jahres haben Anwohner und Hortkinder der nahe gelegenen Bruno-H.-Bürgel-Schule einen Workshop zur Ideensammlung rund um den Platz genutzt.

Geteilte Meinungen

Bernau (bbp). Die Erklärung des Stadtvorstandes spiegelt offenbar nicht die Meinung aller Mitglieder der Bernauer LINKEN wider. So berichtete die Märkische Oderzeitung, daß laut Aussage von Andreas Neue, einem der Initiatoren der Abwahlinitiative, sich auch Mitglieder der Bernauer Linken, darunter die Vorsitzende der Stadtfraktion Dr. Dagmar Enkelmann an dem Abwahlantrag beteiligen.

Als 1995 in Eberswalde erstmals ein Bürgermeister von den Bürgerinnen und Bürgern abgewählt wurde, war auch der Protest gegen ausufernde Wasser- und Abwassergebühren und der arrogante Umgang des damaligen Bürgermeisters Dr. Hans Mai mit diesen Protesten der Auslöser für das letztlich erfolgreiche Abwahlbegehren.

Einwohnerantrag abgelehnt

Bernau (bbp). Mehr als 8600 Bernauer Bürger unterschrieben den am 3. September 2013 gestarteten Einwohnerantrag – weit mehr als die erforderlichen 1560 Stimmen. 7777 Unterschriften übergab die Bürgerinitiative (BI) im Gebiet des Wasser- und Abwasserverbandes (WAV) »Panke/Finow« bereits am 18. September 2013 der Verwaltung. »Damit wollten wir die Stadtverordnetenversammlung (StVV) der Stadt Bernau bei Berlin veranlassen«, schreibt die BI auf ihrer Internetseite, »ihre bisher vorherrschende Meinung (das Beitragsmodell sei gerecht) zu überdenken. Die Volksvertreter sollten beraten und entscheiden, wie alle Nutzer an den Kosten für die öffentliche Trinkwasser- und Abwasserentsorgung zu beteiligen sind.«

Die StVV beschäftigte sich am 24. Oktober fast fünf Stunden mit der WAV-Beitragspolitik, den Protesten auf der Straße und der zentralen Forderung nach Umstellung von Beitrags- auf Gebührenfinanzierung. Dabei wurden zwei der drei Forderungen des Einwohnerantrags für unzulässig erklärt. Der verbleibende Punkt – die Umstellung auf das Gebührenmodell – wurde bei einer Enthaltung von 18 Stadtverordneten abgelehnt und von 14 befürwortet.

Nun soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden, in der Vertreter der Fraktionen, des Zweckverbandes, unabhängige Sachverständige und ein Vertreter der Bürgerinitiative mitarbeiten sollen. Die Arbeitsgruppe soll sich u.a. mit der Satzung des Verbandes, den Berechnungsgrundlagen für Beiträge und mit dem Gebührenmodell beschäftigen – sofern die Verbandsversammlung des WAV zustimmt.

»So eine Arbeitsgruppe ist längst überfällig«, meint die BI. »Denn die Verantwortlichen für die gegenwärtige Strategie haben es bisher grundsätzlich versäumt, die Bürger einzubeziehen, um zu anderen Lösungen zu gelangen, Varianten zu vergleichen oder wertvolle Ideen der Bürger zu nutzen. Außerdem wurden die Bürger nicht, wie es die Brandenburgische Kommunalverfassung fordert (§13), rechtzeitig und umfassend über Vorhaben oder Maßnahmen informiert.«

Keine Amigos

Eberswalde (bbp). In der Septembersitzung des städtischen Energieausschusses hatte der Leiter der EWE-Geschäftsregion Brandenburg/Rügen Ulrich Müller unmißverständlich auf den Zusammenhang zwischen der Konzessionsvergabe für die Gasnetze und dem künftigen Spendenengagement seines Unternehmens in Eberswalde verwiesen. Indirekt unterstellte Müller damit der Stadtverwaltung und den Stadtverordneten, daß sie ihre Entscheidungen von Zusagen für Spenden oder andere Vergünstigungen abhängig machen würden.

Dies konnte der Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff im Finanzausschuß am 11. Oktober in seiner Antwort auf die Anfrage des Stadtverordneten Gerd Markmann (Die Linke/Allianz freier Wähler) erfolgreich entkräften. Auf die Frage, ob es schriftliche oder mündliche Vereinbarungen zwischen der Stadt und EWE zur Betreuung der Märchenvilla und der Gewährung von Spenden an Sportvereine gebe, erklärte Gatzlaff, daß ich solche Vereinbarungen nicht bekannt seien. Hinsichtlich der Nutzung der Märchenvilla durch das Standesamt seien keine anderen Leistungen vereinbart worden und würden auch nicht in Anspruch genommen. Auch ein Entgegenkommen der EWE beim Mietpreis oder hinsichtlich reduzierter Entgelte sei ihm nicht bekannt. Ebenso gebe es keine Vereinbarung zwischen Stadt und EWE zur Förderung von Sportvereinen. Gatzlaff erklärte, daß die Stadtverwaltung nicht der Auffassung sei, Müller habe der Stadtverwaltung und den Stadtverordneten »amigohaftes Verhalten« unterstellt. Daher gab es auch keine Reaktionen darauf. Die Stadt sei »froh über jedes Unternehmen, das die Vereine in der Stadt unterstützt«.

Kurze Zeit darauf wurde bekannt, daß EWE das Mietverhältnis für das Standesamt in der Märchenvilla gekündigt hat. Dabei gehe es um eine Neuverhandlung der Mietkonditionen.

Neue Struktur dauerhaft

Eberswalde (bbp). Mit dem Weggang der Sozialdezernentin Regina-Dolores Stiehler-Hinz im Sommer des Jahres sind Leitung der Ämter und Bereiche ihres Dezernates unter dem Bürgermeister und den beiden verbleibenden Dezernenten aufgeteilt worden. Im Falle der Neubesetzung der Dezernentenstelle sollte aber die Dezernatsstruktur beibehalten werden.

Bereits auf der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September informierte Bürgermeister Friedhelm Boginski, daß nun doch über neue Strukturen im Rathaus nachgedacht werde. Feuerwehr und Tierpark passen nicht so recht zum Sozialen, hatte er erkannt (BBP 10/2013). Im Finanzausschuß wurde der Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff konkreter. Er informierte, daß der Tierpark sowie das Bürger- und Ordnungsamt dauerhaft seinem Dezernat zugeordnet werde.

Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung:

Energiepreise sind kein Kriterium

Eberswalder Klima- und Energiekonzept in der Diskussion

Die Bürger sind den Energiegiganten im Wesentlichen wehrlos ausgesetzt. Ihnen fehlen die notwendigen Preisinformationen, die Kenntnisse der komplizierten gesetzlichen Bestimmungen und die Kraft, gegen die Stärke der Energielieferanten zu klagen. Sie sind dringend auf die Unterstützung der Stadt angewiesen, die dazu auch in der Lage ist, aber über die kommunalen Unternehmen die Bürger eher ausbremst.

»Energieversorger im Visier«, »Energieberater decken erstaunliche Unterschiede bei Fernwärmepreisen auf«, »Kartellamt prüft Energiepreise«, das sind Presseartikel aus jüngster Zeit, die auch in der Stadt Eberswalde aufhorchen lassen und zu Reaktionen führen müßten. Aber leider Fehlansätze.

Ihnen (dem Bürgermeister – bbp) liegen mehr Informationen als nur die Presseartikel vor. Als Gesellschafter der WHG kennen Sie mit Sicherheit die Preisdatenbank 2013 des BBU (Verband der Berlin-Brandenburger Wohnungsunternehmen e.V.) in ihrer Gesamtheit, worauf sich die genannten Medienartikel stützen. Dort können Sie nachlesen, wo die Energiepreise in Eberswalde liegen.

Laut mir vorliegenden Betriebskostenabrechnungen für 2012 bezahlten Mieter der WHG 106 Euro/MWh, die der WBG 100 Euro/MWh und die der AWO 114 Euro/MWh – wobei die Wärme für alle aus derselben Fernwärmestation kommt!

Die BBU-Preisdatenbank nennt nun Preise ab 1.1.2013. Die Preisdatenbank mit dem bezeichnenden Untertitel »Energie wird zum Luxusgut« weist für Eberswalde einen Fernwärmemischpreis von 99,60 Euro/MWh aus. EWE gibt für 2013 einen um 7,3 % reduzierten Fernwärmepreis an. Diese Reduzierung ist im Vergleich mit den allgemeinen Erhöhungen der Fernwärmepreise Berlin-Brandenburg überraschend und kann nur als Versuch gewertet werden, den Imageverlust von EWE in Eberswalde zu stoppen, der sich in der Folge der Energieproteste, der breiten Debatte über Nah- und Fernwärme, die Wiedergründung von Stadtwerken und zur Neuvergabe der Wegetungsrechte ergeben hat. Diese Preissenkung zeigt auch, daß es möglich ist, auf einen Teil der Monopolgewinne zu verzichten. Dies gilt es bei der Debatte um die weitere Energiepolitik der Stadt zu beachten.

Trotzdem liegen zwischen dem in der BBU-Datenbank genannten Preis für Fernwärme und den erzielbaren Preisen für Nahwärme

»Arbeit für Brandenburg«

Eberswalde (bbp). Durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie wurden die Landkreise darüber informiert, daß das Land Brandenburg 2014 im Rahmen des Programms »Arbeit für Brandenburg« 200 Stellen einrichten wird. In Anlehnung an das Stellenkontingent für 2013 hat das Strukturentwicklungs- und Bauordnungsamt des Landkreises Barnim 15 Stellen beantragt.

(gasbetriebene Einzelgebäudeheizungen) noch Welten. So zeigt ein Heizkostenvergleich nach VDI 2067 (Stichtag: 31.08.2012) der AGFW | Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V., daß Nahwärme um noch einmal 20 % billiger produziert werden kann, als Fernwärme.

Ich frage Sie: Warum kann sich die Stadtverwaltung und warum können Sie als Bürgermeister sich nicht dazu entschließen, beispielhaft einen Vergleich zwischen Fernwärme und Nahwärme (bzw. Einzelgebäudeheizungen) vorzunehmen? Das wäre am besten möglich, wenn ein Neubaublock in der Ringstraße auf eine gasbetriebene Nahwärmelanlage umgerüstet würde.

Ihre Partei, die FDP, strebt danach, dem freien Markt mehr Raum zu geben. Warum nicht auch und gerade bei Fernwärme in Eberswalde? Würden alternative Lösungen der Wärmeversorgung realisiert, entstünde eine Wettbewerbssituation für den jetzigen FernwärmeverSORGER EWE und daraus der Zwang, sich marktwirtschaftlich zu orientieren, sprich die Fernwärmekosten zu senken.

Ich frage Sie weiter: Sie sind als der Bürgermeister der Stadt zugleich der alleinige Gesellschafter der WHG. Warum setzen Sie sich nicht dafür ein, daß die WHG in Wahrnehmung einer quasi treuhänderischen Funktion ihre Mieter vor ungerechtfertigten Fernwärmekosten schützt, statt sie einfach nur an ihre Mieter durchzureichen?

Ich möchte außerdem gerne wissen, wie weit Ihre Bemühungen zur Wiedergründung der Stadtwerke gekommen sind, denn mit eigenen Stadtwerken kann besser Energiepolitik gemacht werden.

Und schließlich frage ich Sie: Warum werden die Energiepreise, die letztlich die Bürger bezahlen müssen, nicht zu einem wichtigen Kriterium des Energie- und Klimakonzeptes gemacht?

ALBRECHT TRILLER,
Bündnis für ein demokratisches Eberswalde

Eine halbe Million mehr

Eberswalde (bbp). Die Stadt Eberswalde muß 2013 eine halbe Million Euro weniger Pensionsrückstellungen bilden, als es der Haushaltsplan vorsah. Das wurde möglich, weil die Versorgungskasse ihre Zahlen entsprechend geändert habe. Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff sagte, die Stadtverwaltung werde die Versorgungskasse für die Haushaltsplanung 2015/2016 um realistischere Zahlen bitten.

Argumente gegen Fernwärme

von Bernd Pommraenke

1 Der Mieter hat keinerlei Einfluß auf den Fernwärmepreis, er erfährt diesen Preis außerdem erst mit rund 18 Monaten Verzug aus seiner Betriebskostenabrechnung. Bis dahin wird der Preis von den Vermietern vehement geheim gehalten, angeblich aus Wettbewerbsgründen. Die Preise der einzelnen Vermieter weichen aber nach meinen langjährigen Aufzeichnungen nur um etwa 4 Prozent nach oben oder unten voneinander ab. Da ist kein Wettbewerb erkennbar und die Geheimniskrämerei wird zur Farce.

2 Dem Mieter bleibt die Prüfung des Fernwärmepreises auf Billigkeit nach § 315 BGB versagt, da er nicht selbst Kunde des Energieversorgers ist, sondern sein Vermieter und der reicht die Preise nur an seine Mieter durch.

3 Auch der Vermieter kann die Prüfung nicht verlangen, weil die Preise nicht einseitig bestimmt sind, sondern »bilateral« ausgehandelt wurden.

4 Würde der Mieter den gegenüber dem bundesweiten Mittelpreis überhöhten Fernwärmepreis kürzen, was eigentlich sein Recht wäre, hätte er bei einer Klage seines Vermieters vor Gericht keine Chance, da die Beweislast bei ihm liegt. Er kennt aber weder die Preisgleitklausel noch die darin eingesetzten Werte, z.B. den Preis für 1 kWh Erdgas, weil ihm das aus den vorgenannten Gründen verheimlicht wird.

5 Beschwerden beim Landeskartellamt werden von dort zurückgewiesen, solange die Preise nicht »ausreißerisch« von den Durchschnittspreisen abweichen. Wieviel »ausreißerisch« konkret ist, wird aber nicht gesagt. Selbst der Begriff des Wuchers nach § 138 BGB ist nicht definiert, also ab welcher Preisüberschreitung Wucher vorliegt. Wenn so etwas vorkommen sollte, wie es wohl bei den Stadtwerken in Angermünde der Fall war, erfolgt

keine Klage gegen den Versorger, sondern es werden Gespräche geführt. Mit dem Ergebnis, daß die Preise gesenkt wurden, dafür aber der Versorger namentlich nicht genannt wird. Sieht so Transparenz aus?

6 Wohl wegen der hohen Trassenverluste des 40 Jahre alten Fernwärmenetzes in Eberswalde sind die Preise gegenüber einer eigenbetriebenen Einzelheizung im Karl-Marx-Ring und in der Werbelliner Straße doppelt so hoch, 5 ct/kWh Erdgas und 10 ct/kWh Fernwärme, Bruttopreise ohne Heiznebenkosten aus Betriebskostenabrechnungen des Jahres 2011 entnommen. Für 2012 liegen noch keine offiziellen Werte vor. Grund, siehe oben.

7 Besonders die Warmwassererwärmung in den Sommermonaten Mai bis September, fünf Monate im Jahr, in denen nicht geheizt wird, ist mit Fernwärme völlig ineffizient. Die Verluste im Häuserblock betragen durch die ständige Umwälzung etwa 50 %, hinzu kommen die Trassenverluste des Fernwärmenetzes mit geschätzten 20 % (Markus Franz gibt in seiner Ausarbeitung 10 % für ein neues Netz an). Der Gesamtwirkungsgrad beträgt 40 %, d.h. es müssen 2,5 kWh für 1 kWh Endenergie erzeugt werden. Damit ist sogar ein elektrischer Durchlauferhitzer deutlich im Vorteil. Siehe WHG-Häuser in der Eberswalder Straße und neuerdings auch in der Werbelliner Straße. Es entfallen die ständige Umwälzung, die Modernisierungskosten für das isolierte Warmwassersystem, die Stromkosten für die Umwälzpumpen, die Kosten für den Warmwasserzähler und den Wärmemengenzähler, deren Ablesung und die Kostenaufteilung durch Techem, sowie die neuerdings alle drei Jahre erforderliche Kontrolle des Warmwassers auf Legionellen.

8 Das sollten erstmal genug Gründe sein, um über eine eigenbetriebene Einzelheizung, oder Nahwärmeversorgung nachzudenken.

Millionen für Fernwärme

Die EWE investiert rund eine Million Euro in ein neues Blockheizkraftwerk (BHKW) an der Uckermarkstraße (Maxe 10/2013). Am 28. Oktober wurde die hocheffiziente Kraftwärmekopplungsanlage (KWK) geliefert.

»Wir investieren in Eberswalde in eine sichere und umweltschonende Wärmeversorgung«, sagte EWE-Ingenieur Thomas Schelk. Der neue KWK-Motor wird mit Bioerdgas betrieben und kann neben einer Wärmeleistung von 1,9 Megawatt eine elektrische Leistung von 2 Megawatt liefern. Der erzeugte Strom wird als Nebenprodukt zum geförderten Preis an e.dis verkauft. Die neue Maschine ersetzt die beiden 1996 installierten Motoren, die zusammen 4,2 Megawatt Heizleistung erbrachten, aber schon seit längerem nicht mehr in Betrieb waren. Mit der verringerten Leistung reagiert EWE zum einen auf die gesunkenen Einwohnerzahlen, aber auch auf die verbesserte Wärmedämmung der Wohnungen. Beides minimiert den Wärmebedarf.

Von den Einspareffekten der Neuinvestition profitieren die Fernwärmekunden vorerst nicht. Die aktuellen Wärmelieferungsverträge laufen noch bis 2017.



Thomas Schelk (rechts), der verantwortliche Ingenieur der EWE, erläutert dem WBG-Vorstand Horst Gerbert, AWO-Geschäftsführerin Renate Kuhlmann, dem Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn, sowie dem WHG-Prokuristen Ingo Kruwinnus (v.l.n.r.) die technischen Einzelheiten der neuen Wärmemaschine.

Zwischen Wettbewerb und Vattenfall

Wenn Ministerpräsident Dietmar Woidke tatsächlich bezahlbaren Strom für alle will, sollte er sich für ein Abschmelzen unberechtigter Industrieprivilegien beim EEG stark machen. Während die EU-Kommission berechtigten Druck auf die Koalitionsverhandlungen ausübt und die ausufernden Umlagebefreiungen als unzulässige Beihilfen und Wettbewerbsverzerrung diskutiert, hat Woidke Wesentliches nicht verstanden.

Woidkes generelle Ablehnung von Änderungen bei den Industrie-Rabatten ist ein Affront gegen alle normalen Stromkunden. Privatkunden sowie kleine und mittelständische Unternehmen zahlen durch die Politik von schwarz-gelb über Stromrechnungen inzwischen rund sieben Milliarden Euro allein zur

Finanzierung dieser Ausnahmeregelungen. Aus der ursprünglichen Idee, energieintensive Betriebe vor Nachteilen im internationalen Wettbewerb zu schützen, hat die Merkel-Regierung eine Subventionsmaschine gemacht, die alle möglichen Großbetriebe bedient. Die Kleinen zahlen die Zeche.

Wer glaubt, daß die einseitige Energiepolitik mit der Großen Koalition ihr Ende nimmt, wird wohl bitter enttäuscht. Mit dem Lausitzer SPD-Bundestagsabgeordneten und Vattenfall-Aufsichtsrat Ulrich Freese ist ein Konzernvertreter der Braunkohleindustrie direkt im Beraterteam des Ministerpräsidenten. Damit macht die SPD den Bock zum Gärtner.

Die Energiewende wird wohl weiter von Leuten betrieben, die sie nicht wollen und

nicht können. Die wettbewerbsverzerrenden Privilegien und das Festhalten an Kohlestrom stehen für sinnlose Verschleppung und Verteuerung der Energiewende. daß ist weder sozial noch generationengerecht.

ANNALENA BAERBOCK,
MdB Bündnis 90/Die Grünen

Hintergrund:

Ministerpräsident Woidke verhandelt für die SPD die Energiepolitik mit den Unionsparteien. Für Brandenburg geht es dabei auch um die Zukunft der Lausitzer Dörfer Atterwasch, Grabko und Kerkwitz. Wenn eine Große Koalition an der Braunkohle auch nach dem Jahr 2030 festhielte, wären die Dörfer vom Tagebau bedroht.

Eberswalde – einst Zentrum der Fleischproduktion

Ende der 60er Jahre sind in der DDR 16 staatliche Kombinate für industrielle Mast (KIM) aufgebaut worden. Damit entstanden wesentliche Voraussetzungen, den rasch steigenden Bedarf an Rind- und Schweinefleisch, hochwertigem Geflügelfleisch (Goldbroiler) und Frischeiern in den Wintermonaten zu decken. Zugleich erfolgte der Aufbau einer Mischfutterindustrie, die die staatlichen Kombinate und darüber hinaus die LPG und VEG mit hochwertigem Mischfutter versorgte, Parallel dazu wurden die Schlacht- und Verarbeitungskapazitäten der Fleischindustrie durch Rationalisierung und Neubau erweitert. Auch im Raum Eberswalde entstanden große Getreidesilos mit einem Mischfutterwerk, ein Schweinezucht- und -mastkombinat und ein Schlacht- und Verarbeitungskombinat. Sie leisteten einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung der Hauptstadt der DDR, des Bezirkes Frankfurt und für bestimmte Erzeugnisse, wie Konserven, der gesamten Republik.

Am Rande der Stadt Eberswalde entstand – Aweithin als Wahrzeichen der Stadt sichtbar – ein großer Komplex von Getreidesilos. Es verfügte über eine Lagerkapazität von 120.000 Tonnen Getreide und technische Anlagen für die Abnahme und Aufbereitung von den LPG und VEG sowie aus Importen. Das angeschlossene Mischfutterwerk produzierte jährlich 280.000 Tonnen hochwertiges Mischfutter nach neusten wissenschaftlichen Rezepturen. Dort arbeiteten 300 Beschäftigte.

In den 60er Jahren wurde stufenweise ein modernes Schweinezucht- und Mastkombinat in Lichterfelde bei Eberswalde aufgebaut. Die erste Stufe des Aufbaus erfolgte in enger Kooperation mit einem jugoslawischen Unternehmen. Mit der Erweiterung der zweiten Stufe erreichte die Kapazität 190.000 Tierplätze mit einer Jahresproduktion von 28.800 Tonnen Schwein. Die Gesamtproduktion des Kombinates betrug während des Bestehens 452.000 Tonnen Schwein, das sind 28 kg pro Kopf der DDR-Bevölkerung.

Im Kombinat galten strenge Hygienevorschriften für Menschen und Tiere. Für die Verregnung von Gülle wurden 5000 Hektar Ackerfläche mit 50 Kilometer Rohrleitungen für LPG und VEG erschlossen. Die günstigen Auswirkungen der Verregnung und Düngung in der umliegenden Landwirtschaft wurden allerdings durch Überdüngung und Umweltbelastungen beeinträchtigt. Leider gelang es damals nicht, die Zusagen von DDR-Wissenschaftlern und Technologen für eine umweltfreundliche Technologie zur effektiven Gülleverwertung einzuhalten.

Im Kombinat arbeiteten 800 Mitarbeiter, davon 60 % Frauen und 180 Lehrlinge. Es verfügte über eine Betriebsschule, wo auch Fachkräfte für VEG und LPG ausgebildet wurden. Das Kombinat verfügte über ein Ledigenwohnheim und ein Urlaubs- und Kinderferienlager sowie eine eigene Ambulanz. Leider gab es auch negative Einflüsse von außen. So gab es kritische Auseinandersetzungen mit dem Leiter der Abteilung Landwirtschaft beim ZK der SED Bruno Kiesler, der völlig übertriebene Forderungen nach einem noch höheren Mechanisierungsgrad und sogar der Automatisierung in der Schweinehaltung verlangte.

Das Schlacht- und Verarbeitungskombinat Eberswalde/Britz wurde in einem kurzen Zeitraum 1976/77 in Kooperation mit einer Westberliner Firma aufgebaut. Der Investitionsaufwand betrug rund 700 Millionen. Darin enthalten waren 214 Mio. freie Devisen, die



Ein voller Fleischteller gilt als ein Zeichen für Wohlstand.

von der Nahrungsgüterwirtschaft der DDR gemeinsam mit dem Außenhandelsbereich Schalck-Goldkowsky zusätzlich mit Kompensationsgeschäften erwirtschaftet wurden. Der Aufbau des Kombinates war zum damaligen Zeitpunkt nach Einschätzung westlicher Institute und Fachleute das größte und modernste Kombinat in Europa. Große Teile der Produktion waren EDV-gesteuert.

Die Rohstoffzufuhr für das Kombinat an Rindern und Schweinen erfolgte vorwiegend durch Zielzüge mit kurzen Laufzeiten aus dem Norden der Republik und zu einem erheblichen Teil aus dem unmittelbar benachbarten Schweinezucht- und mastkombinat. Zur Entstehung und Inbetriebnahme ist festzustellen, daß es eine große Leistung der rund 3.000 Mitarbeiter war, daß nach einer kurzen Schulungs- und Probezeit die moderne Technik bis zur EDV-Prozeßsteuerung beherrscht wurde. Die Produktion des Kombinates erreichte einen Jahresumfang von rund einer Milliarde Mark. Die Produktion diente mit 98 % fast ausschließlich der DDR-Versorgung.

Das Kombinat verfügte über eine eigene Schule mit theoretischer und praktischer Lehrlingsausbildung von 300 Lehrlingen, ein eigenes Ambulatorium mit Ärzten und Schwestern sowie eine große Betriebsgaststätte mit einer umfassenden und qualitativ guten Versorgung der Belegschaft rund um die Uhr zu günstigen Preisen.

Das Kombinat tätigte auch umfassende territoriale Investitionen. So erfolgte der Neubau von 2.000 Wohnungen und 200 Eigenheimen für Belegschaftsangehörige sowie eines Ledigenwohnheims mit 300 Plätzen. In Eberswalde wurden außerdem zur gleichzeitigen Benutzung für die Stadtbewohner ein Kulturhaus und ein Schwimmbad errichtet.

Nach der Wende wurde das Schweinezucht- und -mastkombinat für einen symbolischen Preis von 1 DM in die Verantwortung der Kreisverwaltung Eberswalde übergeben. Vorschläge der Kombinateleitung für eine zumindest teilweise Weiterführung der Produktion wurden abgelehnt. Dabei hätte z.B. auch das Gülleproblem mit einem geringen Aufwand an Importmitteln durch inzwischen verfügbare Technologien gelöst werden können. Die Kreisverwaltung unter Landrat Ihrke (SPD) veranlaßte im Gegensatz zu diesen Vorschlägen mit einem Aufwand von

30 Millionen DM den Abriß des Kombinates und für weitere 30 Millionen die Errichtung eines Gewerbetarkes, obwohl in Eberswalde umfassende und erschlossene Industrieflächen, beispielsweise beim Kranbau, der Chemischen Fabrik und dem Walzwerk vorhanden waren.

Nach dem damaligen Wunschenken der Verantwortlichen sollten auf dem Gewerbetark 5.000 Arbeitsplätze entstehen. Leider ist nach nunmehr über 20 Jahren festzustellen, daß dort immer noch riesige Flächen frei sind und kaum mehr Arbeitsplätze entstanden, als beim damaligen Schweinezucht- und -mastkombinat als einem hochproduktiven Betrieb vernichtet wurden. 60 Millionen DM wurden teilweise sinnlos in den Sand gesetzt.

Leider hatten Schließung und Abriß des Schweinezucht- und -mastkombinates auch für das Mischfutterwerk schwerwiegende Folgen. Es verlor praktisch über Nacht für die Hälfte der Produktion den Abnehmer. Und dem Schlacht- und Verarbeitungskombinat fehlten nun jährlich über 200.000 Schweine aus unmittelbarer Nachbarschaft. Auch die von den Kombinaten neu erbauten territorialen Einrichtungen wurden abgerissen oder befinden sich im Abriß. Das betrifft das Kulturhaus in Eberswalde-Finow und zwei Ledigenwohnheime mit 600 Plätzen.

Für den Getreidekomplex und das Mischfutterwerk sowie das Schlacht- und Verarbeitungskombinat erfolgte eine Privatisierung. Dabei ist für das Schlacht- und -verarbeitungskombinat festzustellen, daß nach mehrmaligem spekulativen Besitzerwechsel nunmehr ein stark reduzierter Mittelbetrieb entstanden ist, wo erfolgreich praktiziert wird, den guten Ruf der Qualitätserzeugnisse aus Eberswalde fortzusetzen.

Dr. HELMUT KOCH

Wunsch nach Realitätsveränderung

Replik zu »Bioproduktion: Wunschdenken und Realitäten« von Dr. Helmut Koch (Teil 1)

Der Artikel von Herrn Dr. Koch ist trotz seines Ansinnens, aus seiner Sicht nicht hinreichend gewürdigte Aspekte in die Diskussion um Biofleisch und Massentierhaltung einbringen zu wollen, viel zu schmalspurig geraten. Statt Aufklärung wird er entweder ein mildes Kopfschütteln über die lobbyistischen Ansichten eines, sein Arbeitsleben legitimierenden Ruheständlers ernten oder – und das wird doch hoffentlich nicht sein Anliegen gewesen sein – Verdummung säen! Um letzteres zu verhindern und die im großväterlichen Duktus vorgetragene Rechtfertigung einer absolut unwürdigen Tierhaltung mit all ihren Konsequenzen zu problematisieren, halte ich eine Reaktion für notwendig.

Folgende Argumente bemüht Herr Dr. Koch:

1. Es wird der gegenwärtige und mittelfristig zu erwartende Anteil der Bioproduktion genannt, was in der Feststellung gipfelt: »Manche Naturschützer und Vertreter der Grünen sollten einsehen, daß es über die Bioproduktion keine allgemeine Rückkehr zu beschaulichen Bauernhöfen alter Prägung geben kann und wird.«

Ohne auf die angegebenen Zahlen eingehen zu wollen, finde ich es an dieser Stelle wichtig, darauf hinzuweisen, daß der aktuelle Anteil der ökologischen Landwirtschaft die Folge politischer Steuerung ist (Stichwort Agrarsubventionen!). Die Vergabe der EU-Subventionen (für Deutschland 5,4 Milliarden Euro im Jahr 2012) erfolgt zum größten Teil nach dem Gießkannenprinzip pauschal pro Hektar. Damit wird die Industrialisierung der Landwirtschaft politisch forciert. So wird auch die Überproduktion von Milch und Fleisch provoziert, für die es in Deutschland keinen Absatzmarkt gibt, was heißt, daß diese exportiert werden müssen.

Wenn man die Vergabe von Subventionen dagegen an bestimmte, z.B. Nachhaltigkeitskriterien knüpfen würde, wären andere Anreize für die Biolandwirtschaft gesetzt. Die Zahlen würden sich ganz anders entwickeln, als von Herrn Dr. Koch prognostiziert!

2. das Qualitätsargument: Hier ist zuallererst zu klären, wie Qualität gemessen wird – es kann m.E. nicht nur verkürzt um Sensorik und Geschmack gehen. Auch eine artgerechte Tierhaltung und der Tierschutz können Qualitätskriterien sein. Ebenso der Medikamenteneinsatz und dessen Rückstände im Fleisch, wie auch die Ökobilanz.

Zieht man also einen ganzheitlicheren Qualitätsbegriff heran, so läßt sich eine klarere Entscheidung treffen.

3. Ein Anstieg der Biofleischproduktion führt zu einem drastischen Rückgang der Arbeitsproduktivität je Beschäftigten und damit zu einem Anstieg der Kosten und Endverbraucherpreise, weshalb sich ärmere Bürger solche Produkte nicht mehr in gleichem Umfang leisten können. Das könne auch nicht durch »Diskussionen der Grünen über fleischlose Tage in den Kantinen ausgeglichen werden«. Das Abraten von Tier- und Naturschützern vor dem Kauf

von billigem Fleisch sei eine »sehr einseitige und unsoziale Betrachtung«. Hier finde ich bemerkenswert, daß der heutige hohe Fleischkonsum nur eine Folge der relativen Verbilligung durch die industrielle Massentierhaltung ist. Noch im 19. Jahrhundert wurden pro Kopf in Deutschland pro Jahr nur 14 kg Fleisch konsumiert. Zwischen 1961 und 2011 stieg der Konsum von 64 auf 89,2 kg pro Jahr! Umgerechnet auf ein Menschenleben beziffert der Fleischatlas 2013 die Menge an verbrauchten Tieren in Deutschland auf 1094!

Mittlerweile ist gut belegt, welche gesundheitlichen Risiken mit einem hohen Fleischkonsum verbunden sind, so besteht u.a. ein deutlich erhöhtes Risiko, an Herz-Kreislauferkrankungen und Krebs zu sterben. Ernährungswissenschaftler der DGE empfehlen pro Woche maximal 300 - 600 g Fleisch zu essen, was etwa die Hälfte des durchschnittlichen Fleischkonsums in Deutschland ist.

Weiterhin finde ich hervorhebenswert, wie die Arbeit der in der Massentierhaltung für die dort Beschäftigten aussieht. An dieser Stelle möchte ich nur auf das Lohndumping in deutschen Schlachthöfen hinweisen. Hier werden durch die immer wieder befristete Einstellung von Billiglöhnern aus Osteuropa in einer absolut entfremdeten tayloristischen Arbeitsteilung (hier ist es üblich, daß über Jahre hinweg immer nur der gleiche Arbeitsschritt gemacht wird, wie Köpfe abtrennen oder Schwänze kappen) Kosten gespart. Fleisch wird also nur billig durch die vorherrschenden absolut unwürdigen und inhumanen Arbeitsbedingungen, die einer modernen Sklaverei gleichen.

Daneben ist hinsichtlich des Zustandekommens der Billigpreise für Fleisch aus der industriellen Massentierhaltung festzustellen, daß die gesellschaftlichen Folgekosten für Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung, überhaupt keine Berücksichtigung finden, sie damit auf lange Sicht nur Augenwischerei sind.

Statt »sozialverträgliches« Billigfleisch zu fordern finde ich persönlich es zudem viel relevanter, die Frage zu stellen, warum in unserem reichen Land, nicht jede/r in der Lage ist, sich gesund und die Lebensressourcen schonend zu ernähren!

Das Problem Massentierhaltung ist noch weit komplexer als bislang angerissen. Eine weitere Ausführung dazu folgt im zweiten Teil der Replik in der nächsten Ausgabe der BBP.

Dr. NICO CONRAD

Wem gehört das Land?

»Landgrabbing« in Brandenburg,

Die Preise für landwirtschaftliche Flächen explodieren – global, aber auch bei uns. Zeitgleich nimmt die Eigentumskonzentration auch in Brandenburg zu und branchenfremde Investoren zieht es in den Agrarbereich.

»Landgrabbing« ist ein Phänomen, das bislang eher aus sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern bekannt ist. Doch auch in Brandenburg lassen sich vermehrt Anzeichen des »Landgrabschens« beobachten, mit weitreichenden Konsequenzen.

Wir klären mit Experten, wie sich aktuelle Entwicklungen des »Landgrabbing« in Brandenburg darstellen. Welche Folgen haben diese Entwicklungen auf die Brandenburger Landwirtschaft? Welche Chancen haben junge Landwirte, sich mit eigenen Betrieben zu etablieren? Was haben EU-Förderrichtlinien damit zu tun? Welche Optionen und Alternativen gibt es, um den negativen Auswirkungen entgegen zu wirken? Diese und weitere Fragen, wollen wir gern mit Ihnen diskutieren.

Die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg lädt Sie herzlich am Donnerstag, den 21. November, um 18.30 Uhr zur Veranstaltung »Wem gehört das Land? 'Landgrabbing' in Brandenburg« nach Eberswalde ein.

DANIELA KREBS

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Werkstatt für politische Bildung e.V.

Referenten: Reinhard Jung (Bauernbund Brandenburg), Willi Lehnert (Bündnis Junge Landwirtschaft), Carlo Horn (Bio-Landwirt und Naturland-Berater).

Veranstaltungsort: Wilhelm-Pfeil-Auditorium (Waldcampus, Haus 15 (Raum 15.006), Hochschule für Nachhaltige Entwicklung, Alfred-Möller-Straße 1, 16225 Eberswalde

Der Eintritt ist frei. Um eine Anmeldung per EMail (anmeldung@boell-brandenburg.de) oder Fax (0331-20057820) wird gebeten.

Verstopfte Geothermie

Groß Schönebeck (bbp). Die Geothermie-Bohrung des Deutschen GeoForschungsZentrums (GFZ) in Potsdam bei Groß Schönebeck funktioniert nicht mehr. Die untersten 300 m der Bohrung sind durch Salze und Metallverbindungen verstopft. Da ein Freispülversuch erfolglos blieb, sollen jetzt die Ablagerungen in der Bohrung mit einem Bohrgestänge mit Bohrmeißel mechanisch zerstört, zerkleinert und ausgespült werden. Diese Arbeiten sind im gültigen Hauptbetriebsplan nicht enthalten. Zur Genehmigung bedarf es einen Sonderbetriebsplan, der den Aufbau einer 120 Tonnen schweren Bohranlage beinhaltet. Ein Spülgestänge mit Bohrmeißel dient dem Aufbohren und Freispülen des zugesetzten Bereiches. Gibt es nach Beteiligung der Träger öffentlicher Belange keine wesentlichen Einwände gegen die Maßnahmen, heißt es in einer Mitteilung der Kreisverwaltung, werde die erforderliche Zulassung erteilt.

Was uns das Reden sagt

von Dr. Steffen Peltsch

Zu den interessanteren Erscheinungen, die Wende und Einheit mit sich brachten, die aber nur auffallen, wenn man genauer hört und liest, gehört der im Osten zu beobachtende Sprachwandel. Natürlich wurde und wird in Deutschland deutsch gesprochen, und die gemeinsame Sprache wurde sogar von einem, der rechtens kaum noch zitiert wird, als »Merkmal einer Nation« bezeichnet. Worin der Mann, die in so vielem anderen auch, irrte.

Nicht überall, wo englisch gesprochen wird, ist Großbritannien, und Österreich und Luxemburg und die halbe Schweiz gehören längst nicht mehr zum Heiligen Römischen Reich deutscher Nation. Lassen wir also Stalin in der Kremllmauer. Daß es aber nuancielle Unterschiede im geliebten Deutsch gibt, ist offensichtlich. Das können regional bedingte sein wie im Falle des Meerrettichs, den die Wiener Kren heißen. Kann auch historische Gründe haben wie das Weiterleben in slawischer Vorzeit übernommener Vokabeln. Wo sonst in Deutschland als in der Dresdner Umgebung weiß einer mit einer »Husche« zur Weihnachtszeit was anzufangen? Es geht um den Festtagsbraten – die Husche ist die Gans, die im tschechischen Hus (wie der Reformator) heißt. Diese mundartlichen Prägungen sind Zeichen sprachlicher Vielfalt und Originalität. Keiner käme auf den Gedanken, sich dieses Wortguts zu entledigen, weil es politisch opportun ist.

Ganz anders verhält es sich mit Wörtern und Wendungen, die bezeugen, daß – nicht gesamtsprachlich, aber doch oft wortwörtlich – der Ossi anders tickte als der Wessi und umgekehrt. Man muß es deutlich sagen: Mag der DDR-Mensch stolz auf Täve und die Kindergärten gewesen sein: Sprachlich diente er sich devot dem Westen an und räumte so – indirekt – seine Minderwertigkeitskomplexe ein. Damit sind nicht vorrangig die Fleischermeister gemeint, die sich plötzlich Metzger und ihre gute Blutwurst Rotwurst nannten. Auch nicht jene Idioten, die ein Flugzeug zum Flieger machten, also den Piloten zur Maschine.

Was gemeint ist, kann sich ein jeder allabendlich im RBB oder sonstwo anhören, wenn Menschen wie du und ich interviewt werden. »Es war halt Hochwasser, da haben wir halt geholfen, weil das halt nötig war, daß halt die Sandsäcke aufgehalten werden mußten...«

Ein Kabarettist will entdeckt haben, es gebe einen Zusammenhang zwischen der Zahl der Piercings und Tätowierungen und der in einem Normalsatz untergebrachten Halt-Stellen zumindest bei einigen unserer Mitbürger. Da diese Diagnose die intellektuelle Privatsphäre berührt, lassen wir das unerörtert, verweisen aber auf die Tatsache, daß unter Leuten, die beim Reden auch auf ihr Sprechen achten, »halt« ebenso selten auftaucht wie »eh« (für sowieso) oder »echt« als Adverb.

»Halt« und »eh« kamen mit Studenten aus dem BRD-Südwesten, wo die beiden Worte zur Normalsprache gehörten, nach Westberlin und wurden bald zu Modefloskeln der 68er. Und nun, mit vier Jahrzehnten Verspätung, greifen die beigetretenen Ossis diese Antiquitäten auf,

um sich plappernd als dazugehörig zu bekennen. Daß die Kanzlerin, über die man denken mag, was man will, treudeutsch bei »eben« und »sowieso« bleibt und ihrem Gatten eben (und nicht halt) Streusel auf den Pflaumenkuchen gibt, wenn ihm danach gelüftet, soll nur nebenher vermerkt werden – ein Grund, sie zu wählen, ist das natürlich nicht. Ihr Parteibruder, der Sachsen regierende Sorbe Tillich, hingegen kann das Halt nicht halten, er leidet an sprachlicher Inkontinenz, was sich dann so anhört: »Es gab halt Probleme, die wir halt, weil eh alles entschieden war, halt verschoben...«.

Die aus dem Gleichseinsbedürfnis herrührende, meist unbewußt vollzogene Anschmiegshaltung kann man zwar registrieren, man kann sie analysieren, belächeln und sogar ironisieren – aus der Alltagsrede vieler wird weder »halt« noch »eh« verschwinden. Sprache ist nur bedingt und nur für kurze Zeit steuerbar. Man erinnere sich an die lächerlichen Versuche in der DDR, »populäre« Begriffe in die Volkssprache einzuschmuggeln – die werktätigen Massen blieben bei »Fernsehturm«, mochte das ND noch so oft »Telespargel« drucken.

Selbst Mitbürger, also Menschen männlichen Geschlechts, die weder unter einer Macho-Macke leiden noch erreaktionär sind, haben manchmal ihre Probleme mit einer sprachlichen Erscheinung, welche vorrangig in der politischen Rede opportun geworden ist. Es geht um die hyperkorrekte, bis zur Unsinnigkeit strapazierte Masche, die Gleichwertigkeit von Mann und Frau durch die weibliche Form der Substantive zu unterstreichen. Einer, der keine Berufs-, Alters- oder Wesenskennzeichnung ausläßt, ohne auf das obligate INNEN zu verzichten, ist Gregor Gysi. Bei ihm wimmelt es nur so von Dreherinnen und Drehern, von Köpenickern und Köpenickerinnen und von Wagenknechten und Wagenknechtinnen auch. Müßte er vor Vogelkndlern auftreten, wäre gewißlich von Erpelinnen und Erpeln zu hören. Obwohl es auch Enten gibt.

Wer sich den fragwürdigen Sinn dieser Unart, die keiner Arbeiterin und keiner Frisöse mehr und gerechteren Lohn einbringt, in ihrer Absurdität vor Augenführen möchte, vollziehe die totale Feminisierung des Wortes Bürgermeister. Liebe Bürgerinnen – und Bürgermeister und Bürgerinnenmeisterinnen und Bürgermeistermeister oder Innen – oder so ungefähr. Eigentlich bewirkt diese Masche das Gegenteil dessen, was ihre Erstpropagandisten möglicherweise erreichen wollten. Man hört nicht mehr hin, allenfalls stört die gehorsame Bedienung der pseudoemanzipatorischen Mode den Redefluß, und man bewitzelt die Musterbuben,

die von den Sprechblasen und -blasinnen nicht lassen können. Dem oft zitierten Mann auf der Straße (bzw. der Männin) gehen die Pflichtphrasen derer, die dem Volk nur noch selten aufs Maul schauen, zum einen Ohr rein und zum anderen raus. Sollte das Sprachübel als indirekte Belehrung der »Menschen draußen im Lande« gedacht sein, hoffend, Lieschen Müller möge darauf bestehen, fortan Müllerin heißen zu werden, ist längst deutlich geworden: Das Ding ging in die Hose bzw. den Rock.

Daran ändert sich auch nichts, wenn man – längst nach dem 1. April – die Nachricht erhält, an der Leipziger Universität sei durch Rektoratsbeschluß generell die weibliche Form bei Berufs- und Graduerungsbezeichnungen verbindlich geworden. Die Studentinnen Max und Frieda werden sich daran gewöhnen müssen, ihre Vorlesungen (z.B. zur Sprachkultur) bei der Professorin Paul Meier zu hören. Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode.

Manchmal – wir kommen zurück zum Ossi und seiner Anpassungseiligkeit – klappt das mit dem Ansaugen der »Westsprache« nicht so richtig, was Ergötzliches zutage fördert. Oft genügt da ein Wort, um eine ganze Biografie zu verraten. Wendegewinnler X, es zum Chef einer beliebigen Unternehmung gebracht habend, hat längst alle Vokabeln der neuen Zeit und Verhältnisse auf der Zunge. Er »insistiert«, »sortiert sich«, »zeigt Flagge«, fühlt sich zwar gelegentlich »grottenschlecht«, hat aber »null« Probleme mit seinen »Mitbewerbern«. Und dann passiert ihm, plötzlich und unerwartet, daß ihm das Teufelswort »Kollektiv« entwuscht, obwohl er »Team« sagen wollte. Oder er von »Größenordnungen« labert, die zu erreichen nun mal »Fakt« sei.

Also auch du, Bruder, trägst das Kainsmal, kamst nicht aus dem Zustand der Unschuld in die freieste aller Marktwirtschaften, sondern warst gewißlich mal ein Ökonom oder anderer Kader in einem VEB, in dem, und das war Fakt, Kollektive »Massenbedarfsartikel« in Größenordnungen herstellten. Tresore zum Beispiel – vom Staatsvolk der DDR heftig beigeht und vom Eberswalder Kranbau produziert. Die Idee war ebenso bescheuert wie visionär. Mittendrin im sozialistischen Schlamassel basteln »unsere Werktätigen« an einem Panzerschrank, der zu den Gegenständen gehört, die den puren Kapitalismus symbolisieren. Hat einer der Chefs geahnt, das Zeiten ausbrechen könnten, in denen die Leute nicht mehr ihre Aktivistenabzeichen, Kampfgruppenorden, DSF-Ehrennadeln, Verdienstmedaillen und Sparbücher tresormäßig verwahren, sondern ihre Goldbarren, Diamanten, Perlenkolliers und Mahnschilde? Das wär halt echt super gewesen.

Geschönter Subventionsbericht

Von den in den EU-Ländern jährlich aufzubringenden mehr als 130 Milliarden Euro Subventionen für die Energiebranche erhalten die erneuerbaren Energien 30 Milliarden Euro. Mit den übrigen 100 Milliarden Euro werden Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke subventioniert. Die Zahlen standen in den ersten Entwürfen für einen Bericht über staatliche Subventionen der Generaldirektion Energie bei der EU-Kommission in Brüssel, die dem EU-Kommissar Günther Oettinger untersteht.

Die Ökologische Plattform der LINKEN verweist in diesem Zusammenhang auf einen Artikel in der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 14. Oktober 2013. Die SZ vermeldet, daß im endgültigen Subventionsbericht die konkreten Zahlen fehlen. Eine Sprecherin des EU-Kom-

missars behauptete auf Nachfragen der SZ, es habe »nie gesicherte Zahlen« gegeben. Allerdings liegen der SZ zwei Entwurfsfassungen mit diesen Zahlen vor – im Korrekturmodus mit rot markierten Änderungen.

Der Subventionsbericht sollte laut SZ die Frage beantworten, »wie staatliche Hilfen im Energiemarkt wirksamer ansetzen können, vor allem bei der Erzeugung von Strom aus Wind, Wasser und Sonne«. Die Erkenntnis, daß der größte Teil der Energiesubventionen in den konventionellen Bereich fließt, widersprechen Oettingers Intention, die Förderung der Erneuerbaren Energien auf den Prüfstand zu stellen. Daher ließ man die Zahlen in der endgültigen Fassung des Berichts einfach verschwinden.

AG Umwelt Eberswalde

Schandfleck verschwindet

Abriß der »kleinen EDEKA-Kaufhalle« im Brandenburgischen Viertel beginnt

Eberswalde (bbp). Die Bauruinen »Specht« und »kleine EDEKA-Kaufhalle« prägen das Stadtbild im Brandenburgischen Viertel gerade an den Zugängen. Das Baudezernat spricht von »städtebaulichen Mißständen«.

Am 24. Oktober verkündete Baudezernentin Anne Fellner auf der Stadtverordnetenversammlung, daß einer der »Mißstände« in absehbarer Zeit beseitigt wird. Mit der EDEKA-Immobilienverwaltung konnte nun nach langen Verhandlungen der Abriß der ehemaligen »kleinen Kaufhalle« vereinbart werden.

Im Jahr 2003 machte die Kaufhalle zu. Viele Kunden waren fortgezogen, im Einzugsbereich der Kaufhalle begann der »Stadtumbau« genannte Wohnungsabriß.

Ab 2005 zog mit dem Quartiershof vorübergehend wieder Leben in die leerstehende Halle ein. Im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« sollten hier die verschiedenen geförderten Initiativen, wie die Kleiderkammer der Ev. Kirchengemeinde, das Möbellager des Fördervereins Pinnow, die Bücherstube des Kontakt e.V. und andere eine Heimstatt finden. Weih-



nachtsmarkt, Frühlingsfest, Ferienspiele und viele andere Veranstaltungen für das Brandenburgische Viertel fanden im Quartiershof statt.

Doch schon nach einem Jahr wurde das ambitionierte Projekt wegen der hohen Betriebskosten wieder eingestampft. Außerdem wollte die Stadtverwaltung damals auch die benachbarte Kita »Spatzenest« schließen. Mit den Projekten des Quartiershofs war die Nachnutzung des Kita-Gebäudes gesichert – und der Kampf der Eltern für den Erhalt ihrer Kita hatte keine Aussicht auf Erfolg.

Später diente die Kaufhalle einmal noch als Filmkulisse (Foto). Dafür erhielt sie an der Vorderfront einen neuen Fassadenanstrich. Dann fiel sie endgültig in den Dornröschenschlaf, durch Gitter und dicke Metallplatten notdürftig gegen Vandalismus geschützt und in der Öffentlichkeit nur noch als Schandfleck wahrgenommen. Noch vor dem Winter soll nun der Abriß der Kaufhalle beginnen.

Wie von der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow e.G. zu erfahren war, beginnt am 1. Dezember auch der Abriß von 90 Wohneinheiten in der Lübbenauer Straße im Brandenburgischen Viertel. Bis März nächsten Jahres sollen die Rückbaumaßnahmen abgeschlossen sein.

Barnimer Umweltpreis

Bereits zum 18. Mal verleihen Bündnis 90/Die Grünen den Barnimer Umweltpreis. Ehrenurkunden und Preisgelder für besonderes ehrenamtliches Engagement im Umwelt- und Naturschutz überreichten am 18. Oktober Andreas Fennert, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Eberswalder Stadtparlament und Mitglied im Aufsichtsrat der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, und Karl-Dietrich Laffin, Sprecher des Regionalverbands Oberbarnim von Bündnis 90/Die Grünen. Der Preis ist mit insgesamt 750 Euro dotiert, wofür Andreas Fennert seine Aufwandsentschädigung zur Verfügung stellt.

Mit dem 1. Preis, verbunden mit einem Preisgeld in Höhe von 400 Euro, werden in diesem Jahr die Naturschützer Otto Manowski und Klaus-Herrmann Mewes aus Joachimsthal ausgezeichnet. Beide Herren sind bereits seit den 1950er Jahren ehrenamtlich im Naturschutz aktiv. Besondere Verdienste erwarben sie sich beim Schutz unserer gefährdeten Greifvögel. Als ehrenamtliche Horstbetreuer in der Schorfheide leisteten sie u.a. einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der vom Aussterben bedrohten Adler. Beide sind sie langjährige Mitglieder im Arbeitskreis Artenschutz des Biosphärenreservates Schorfheide/Chorin.

Der 2. Preis, verbunden mit 200 Euro Preisgeld, geht an den Verein Igelstation Schorfheide e.V. Die Vereinsvorsitzende Gabriele Dunst kümmert sich bereits seit 14 Jahren mit großem persönlichen Engagement um hilfsbedürftige Igel. Seit 2011 wird sie von weiteren Mitstreitern im Verein unterstützt. Allein im Jahr 2012 wurden 99 kleine oder kranke Igel aus einem weiten Umkreis zur Igelstation in Böhmerheide gebracht, dort aufgenommen, aufgepäppelt und wieder in die Natur entlassen. Die Kosten für die Unterbringung, für Gehege, Medikamente usw. werden aus eigenen Mitteln aufgebracht und ein immenser zeitlicher Aufwand geleistet, um den Tieren zu helfen.

Den 3. Preis und 100 Euro Preisgeld erhält die Initiative Gemeinschaftsgarten Eberswalde-Ostend. Die Studenteninitiative macht sich seit eineinhalb Jahren daran, ein 6.000 Quadratmeter großes, brach gefallenes und verwildertes Gelände in Stadtteil Ostend wieder urbar zu machen und für ökologisches Gärtnern zu nutzen. Dabei sollen soziale und wirtschaftliche Belange gleichermaßen beachtet werden. Sehr viele Arbeitsstunden wurden investiert, um große Mengen Müll zu beseitigen, Obstgehölze zu pflegen und Zäune zu bauen. Inzwischen werden bereits rund 1.000 Quadratmeter Anbaufläche biologisch bewirtschaftet. Hügel- und Terrassenbeete dafür wurden in gemeinsamen Arbeitsaktionen angelegt und die ersten Ernten eingebracht. Der Gemeinschaftsgarten soll auch als Schau-, Demonstrations- und Experimentierfläche dienen. Die ersten Gartenführungen und Erlebnismittagessen für Kinder fanden bereits statt.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Radwegeschilderung

Eberswalde (bbp). Ein vom Landkreis Barnim beauftragtes Unternehmen hat kürzlich mit der praktischen Umsetzung der konzeptionellen Planung zur Knotenpunktbeschilderung im Landkreis Barnim begonnen. In allen Gemeinden werden die abgestimmten Knotenpunktwegweiser und Informationstafeln an Kreuzungen regionaler bzw. überregionaler Radwege installiert. Überwiegend sollen dafür bereits vorhandene Pfosten genutzt werden. In das Projekt einbezogen ist auch die WITO, die das Projekt maßgeblich mit unterstützt. Die Beschilderung soll bis zum Ende des Jahres fertiggestellt sein.

Die Wahlen 2013 – und was dann? (1)

Von Dr. Rainer Thiel

Was wurde uns bei der jüngsten Bundestagswahl an Auswahl angeboten? Sichtbar nichts, für Otto-Normalverbraucher fast nur bla bla auf bunten Plakaten. Und unterschwellig – für Analytiker wahrnehmbar: Kein Ausweg aus Krise wird geboten, doch Absturzgefahr für die nicht sehr Reichen. Die Wahlberechtigten wurden getäuscht.

Sichtbar wurden vornehmlich bunte Plakate und Werbespots. Sie werden zumeist vom Steuerzahler bezahlt oder vorgeschossen: per Konto »Parteienfinanzierung« und als »Wahlkampf-Kosten-Erstattung«. Sichtbar wurden angeboten Nummernschilder, auch wenn sie mit drei Buchstaben begannen wie CDU, SPD usw. Aber Inhalte? Talk-Shows waren wenigstens unterhaltsam, man konnte sich auch zu Mißverständnissen verlocken lassen.

CDU gegen Steuer-Erhöhung? Hallo! Das war gegen Grüne, Linke und SPD gerichtet. Doch Grüne, Linke und SPD meinten Steuererhöhungen für Groß-Verdiener und nicht für Gering-Verdiener! Also Irreführung durch die CDU. Das weiß ich aus Zeitungen, die sich Gering-Verdiener schon längst nicht mehr leisten können. Die Wahlbeteiligung war dementsprechend gering. Und ungültig gemachte Wahlzettel tauchten nicht mal in Statistiken auf. Wer dennoch wählte, wählte wie gewohnt ein Nummernschild. Selbst die Anzahl der Wechsler von einer Partei zur anderen hielt sich in Grenzen. Die meisten, die überhaupt zur Wahl gehen, wählen Nummernschilder. Wie nun weiter? Längst wird im Internet gefragt: Brau-

chen wir die etablierten Parteien? Sie empfangen Parteien-Finanzierung und Wahlkampf-Kosten-Erstattung vom Staat, also vom Steuerzahler, und durch die 5-Prozent-Hürde schirmen sie sich vor Newcomern ab. Deshalb sind sie von vornherein im Vorteil, als hätte ihnen der Zufall einen tollen Skat beschert. Deshalb wollen wir endlich mal hineinschauen in unser aller »Grundgesetz GG«, das auch als »Verfassung« bezeichnet wird. Die meisten unserer Mitbürger kennen das Papier gar nicht, obwohl es seit 64 Jahren gedruckt wird. Da rächt sich, daß das GG von Parteien, aber nicht vom Volk beschlossen wurde. Schon dieser Vorgang widerspricht dem Grundgesetz.

Das Grundgesetz GG hat seit 64 Jahren immer noch eine höchst respektable Substanz. Aber was hat es noch, nach 64 Jahren? Beginnen wir mit Artikel 1:

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Meine Anmerkung: Artikel 1 ist super. Das ist Substanz des GG. Sie sei mit Blumen geschmückt. Da werden auch unsre Freunde anarchistischer Herkunft an einem Wort wie »staatliche Gewalt« nicht verzweifeln. Irgendwie müssen sich die Menschen miteinander arrangieren. Und wie wir das dann nennen, wird die Zukunft zeigen. Wir werden die Würde des Menschen gemeinsam achten und schützen.

Was gehört weiter zur unstreitigen Substanz des GG? Ich werde nur das Wichtigste aufzählen. Hier Artikel 2:

(1) Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Auch das ist super. Die Frage ist nur: Wer verletzt »die Rechte anderer«, und wer macht die Gesetze? Darauf kommen wir später noch.

(Wird fortgesetzt)

»Wir sind bestens aufgestellt«

Barnimer Liberale stellen Weichen in Richtung Landtagswahlen 2014

Biesenthal (fdp/bbp). Am 12. Oktober haben die Barnimer Liberalen in Biesenthal auf drei nacheinander stattfindenden Wahlkreisversammlungen die Weichen für die Landtagswahlen im kommenden Jahr gestellt und die Direktkandidaten für die drei Wahlkreise im Landkreis bestimmt. Auf einer vierten, gemeinsamen Versammlung, wurden die Delegierten für die Aufstellungsversammlung zur Landtagswahl und für die Wahl der Delegierten zum Europaparteitag gewählt.

Nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag, erklärte der FDP-Kreisvorsitzende Götz Trieloff, müßten neben den Landesverbänden »vor allem auch die Untergliederungen der Partei deutlich mehr Verantwortung übernehmen«. Dieser Herausforderung wolle man sich mit ganzer Kraft stellen und die erfolgreiche Arbeit im Kreisverband Barnim nun umso entschlossener fortsetzen.

Am geplanten Procedere für die kommenden Wochen und Monate werde man aber festhalten. Durch die in Brandenburg dicht folgenden Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen im Frühjahr und Herbst des kommenden Jah-

res sei keine Zeit für lange Verschnaufpausen gegeben.

Darauf wies auch der Landesvorsitzende der Brandenburger FDP Gregor Beyer in seiner Bewerbungsrede um das Direktmandat im Wahlkreis 13 (Barnim 1: Eberswalde, Amt Joachimsthal, Schorfheide) hin. Beyer skizzierte dabei unter anderem die Erfolge, die man gerade auch für den Barnim in den vergangenen vier Jahren erreichen konnte. »daß es in einer nicht einfachen Haushaltssituation unter anderem gelungen ist, die Finanzierung der Brückenanhebungen am »Oder-Havel-Kanal« zu realisieren, war auch unser Verdienst«, so Beyer, der anschließend einstimmig für seinen Heimatwahlkreis nominiert wurde.

In den vom Eberswalder Ortsvorsitzenden Martin Hoeck geleiteten Wahlgängen wurden ferner für den Wahlkreise 14 (Barnim 2: Bernau, Panketal) der Zepernicker Harro Semmler



Götz Trieloff (rechts): »Mit Beyer, Semmler und Loos geht's los – wir haben die Wahlkämpfe des kommenden Jahres fest im Blick und sind bestens und rechtzeitig aufgestellt!« Neben ihm Martin Hoeck, der als FDP-Direktkandidat zur Bundestagswahl auf 1,6 % kam.

und für den Wahlkreis 15 (Barnim 3: Wandlitz, Werneuchen, Ahrensfelde, Amt Biesenthal-Barnim, Amt Britz-Chorin-Oderberg) der Ahrensfelder Dr. Heiner Loos gewählt. Die Barnimer Direktkandidaten kündigten nach der Wahl an, daß man im Barnim einen gemeinsamen Wahlkampf über die drei Wahlkreise hinweg machen werde.

Organklage vor dem Verfassungsgericht

Die nicht im Bundestag vertretenen Parteien »Ab jetzt .. Demokratie durch Volksabstimmung«, »Familienpartei«, »Allianz Grauer Panther«, »Graue Panther«, »Deutsche Konservative Partei«, »Freie Wähler Deutschland«, »Partei der Franken«, »Deutsche Zukunft« und »Wir Partei« reichten eine Organklage beim Verfassungsgericht ein gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Kernaussage der Klage ist die ungenügende personelle und rechtsseitige Ausgestaltung dieses obersten Gerichtes durch die Bundesrepublik mit der Folge rechtswidriger Entscheidungen zum Teil durch Unterlassen.

Die Bundesrepublik hätte längst durch die gut ausgebildete Ministerialbürokratie die Weichen für in jeder Hinsicht rechtskonforme Entscheidungen stellen können, die dann auch dem Willen des Souverän, dem Volke, entsprechen würden.

Die Verhandlung fand unter Vorsitz des Einzelrichters Herrn Hömig am Montag, den 13.10.2013, vor dem Verwaltungsgericht in 10557 Berlin, Kirchstraße 7 statt. Die Kläger wurden durch Herrn Assessor Plantiko aus Bonn vertreten. Zusätzlich hatten die in der obigen Aufzählung genannten ersten sechs Parteien Vertretungen entsandt. Alle Vertreter galten als gleichberechtigte Kläger mit Rede- und Recht. Ich vertrat die Freien Wähler Deutschland. Die Bundesrepublik war durch zwei promovierte Juristen vertreten.

Zu den besonders explizit vorgetragenen Klagepunkten gehörten: die fehlenden Unterschriften der Richter auf Urteilen, die Abweisung von Klagen ohne Begründung, die Unzulässigkeit von Klagen, der hohe Anteil von Klageabweisungen (über 98 Prozent), die für eine Klageabweisung geringe Entscheidungszeit von 3 Minuten, die offenbar »im Dunkeln« agierenden, völlig unbekanntem Mitarbeiter für die Abweisungen, die zu geringe Anzahl von Verfassungsrichtern, die Verletzung der Unabhängigkeit der »dritten Gewalt«, der Justiz, durch die Politik + Dominierung des 1. Senates durch die CDU, des 2. Senates durch

die SPD + Wahl der Verfassungsrichter durch die Exekutive.

Der Einzelrichter war bemüht, den Klägern klar zu machen, daß ihre Klagen nicht durchgreifen könnten, da die Kläger a) zum einen die rechtlichen Instrumente zur Beseitigung der Klagegründe nicht mitlieferten und b) zum anderen die persönliche Betroffenheit nicht nachweisen würden.

Zu a) betonten die Kläger, daß sie als rechtliche Laien nicht über die hierzu erforderlichen Kenntnisse der komplizierten Rechtslagen, der institutionellen Zuständigkeiten und geeigneten Verwaltungsschritte verfügten, wohl aber die Bundesrepublik darüber verfüge, die aber ihr Wissen nicht umsetze.

Zu b) nannte ich als Beispiel der persönlichen Betroffenheit den Ausgang meiner Direktkandidatur zur diesjährigen Bundestagswahl im Wahlkreis 57. Nach Erfüllung aller Pflichten als Direktkandidat (z.B. Unterschriften) erhielt ich die Nachricht, daß meine Gruppierung durch den Bundeswahlausschuß nicht zugelassen worden war. Unser Einspruch beim Verfassungsgericht wurde nicht etwa mit der Begründung »unbegründet« zurück gewiesen, sondern mit »unzulässig«. Der Einzelrichter ließ mein Beispiel gelten.

Nach weiterer Diskussion fand eine Verständigung statt über den zusammengefaßten Klageantrag: Das Justizministerium erläßt Normen, um die aufgezeigten Rechtsmängel zu beheben. Die Gegenseite beantragte, die Klage abzuweisen. Es wird nun einige Wochen dauern, bis das Urteil vorliegt. Es ist damit zu rechnen, daß die Klage abgewiesen wird.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG

Rückbau und Aufwertung

Eberswalde (bbp). Im Rahmen des Bund-Länder-Programms zum Stadtumbau Ost werden auch sogenannte RSI-Projekte gefördert. RSI steht für »Rückführung städtischer Infrastruktur«, gilt aber auch für »Aufwertungsprojekte«. Besondere attraktiv ist das Programm, weil bis zu 90 % durch Land und Bund gefördert werden und die Kommunen, aber auch Private, nur 10 % der Kosten aufbringen müssen.

Eberswalde hat von dem Programm schon in den vergangenen Jahren Gebrauch gemacht. Beispielsweise für den Abriß des ehemaligen Kulturhauses in der Eberswalder Straße (zuletzt »Neckermann«) mit Gesamtkosten von 182.958 Euro und des alten Kreishauses in der Heegermühler Straße mit 243.827 Euro. Auch der Abriß der Grundschule »Schwärzese« mit 90.000 Euro soll aus diesem Programm finanziert werden.

Bedeutender sind die »Aufwertungsprojekte«, die ebenfalls zu 90 % gefördert werden. Dazu gehört die neue Kita im Bildungsbürgerzentrum in der Puschkinstraße, für die insgesamt 2.564.020 Euro aufgewendet werden, und der Umbau des beruflichen Gymnasiums in der Kyritzer Straße für die Grundschule Schwärzese mit 1.800.000 Euro. Beides sind Projekte der Stadt, die hier auch den zehnpromzentigen Eigenanteil aufbringt. Außerdem werden Projekte privater Träger gefördert, wie der neue Kindergarten der Montessorischule in der Eisenbahnstraße 37a mit 300.000 Euro und der geplante Einbau eines Aufzugs bei der Freien Oberschule Finow mit 117.000 Euro.

Insgesamt umfassen die Maßnahmen ein Volumen von 864.300,31 Euro von denen 6.012.805 Euro förderfähig sind. Der städtischen Eigenanteil beträgt 559.581 Euro.

Friedrichs Sprüche

Im Oktober hat die Europäische Kommission eine Studie veröffentlicht, die analysiert, welche Auswirkungen EU-Bürger/innen, die sich in einem anderen Mitgliedsland aufhalten, für die Sozialversicherungssysteme dieses Landes haben. Die Daten zeigen, daß der Anteil der nichterwerbstätigen EU-Bürger/innen, die Unterstützung bekommen, sehr gering ist. Die deutsche Bundesregierung, vertreten durch Innenminister Hans-Peter Friedrich, hatte hingegen von einem Massenphänomen gesprochen und davon, daß das Grundrecht auf Freizügigkeit in der EU eingeschränkt werden sollte.

Die Kommissionsstudie über den Einfluß der EU-Freizügigkeit auf die nationalen Sozialversicherungssysteme zeigt, daß der Anteil der mobilen EU-Bürger und Bürgerinnen, die in einem anderen EU-Land Arbeitslosenunterstützung bekommen, verschwindend gering ist. Über die Hälfte von ihnen hat auch zuvor in dem jeweiligen Land gearbeitet, was heißt, sie haben in die Kassen eingezahlt. Damit ist belegt, daß es das von Minister Friedrich heraufbeschworene Phänomen des Sozialhilfetourismus nicht gibt. Seine verbalen Versuche, das Grundrecht auf Freizügigkeit einzuschränken, rütteln an den Grundwerten der EU und bedienen den rechten Rand der Gesellschaft.

Die Ergebnisse der Studie haben mich nicht überrascht, denn die Rechte im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit sind klar definiert. Das Recht für sechs Monate in einem anderen Mitgliedstaat eine Arbeit zu suchen, ist keineswegs damit verbunden, dort in den Genuß aller Maßnahmen der sozialen Unterstützung zu kommen. Der »Sozialhilfetourismus«, den Innenminister Friedrich Roma und Sinti aus Bulgarien und Rumänien vorwirft, ist daher rein rechtlich gar nicht möglich. Ich finde, es steht der deutschen Bundesregierung und einer Kanzlerin, die Europa auf ihre Fahnen geschrieben hat, nicht gut zu Gesicht, das Zusammenleben in der Union mit derartigen rechtspopulistischen Sprüchen so empfindlich zu stören.

ELISABETH SCHROEDTER, MdEP

Runder »Willkommens«-Tisch:

Konstituierung erfolgt

Eberswalde (bbp). Am 24. Oktober konstituierte sich der Runde Tisch »Willkommen in Eberswalde« (Kontakt: Yvonne Redzepovic, Tel. 0163/6355372, eMail: willkommen.in.eberswalde@gmail.com). Die nächste öffentliche Beratung ist für Donnerstag, dem 28. November, um 18 Uhr im Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel in der Schorfheidestraße 13 geplant.

Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:

Die ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Freitag eine Vielzahl von Angeboten aus Belletristik, Reise- und Kinderliteratur. »Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

Philipp Zopf war ein Sohn des Volkes

Wir hatten uns am Gustav-Denkmal in der Bahnhofshalle verabredet. Doch Friedemann Wehr hatte mich schon vom gegenüberliegenden Bahnsteig ausgemacht und winkte mir zu. Friedemann Wehr ist ein Urenkel von Philipp Zopf, der zwischen 1908 bis zu seinem Tod im März 1920 eine bedeutende Rolle in der Eberswalder SPD, der USPD und der gesamten Arbeiterbewegung im »Roten Finowtal« spielte. Seit etwa drei Jahren sind wir per eMail und Telefon im Kontakt, nachdem Friedemann Wehr im Internet auf einen Beitrag zu Philipp Zopf in der »Barnimer Bürgerpost« gestoßen war.

Friedemann Wehr kam in Begleitung seiner Frau Anneliese. Zopfs Enkelin Hannelore Wehr, die ebenfalls ihren Besuch angesagt hatte, mußte leider aus gesundheitlichen Gründen kurzfristig ihr Kommen absagen.

Dank der Vermittlung des Sozial- und Kulturreferenten der Stadt Ulf Riehl und des Kulturreferenten Dr. Stefan Neubacher kam der Kontakt zum Museum in der Adlerapotheke zustande. Museumsleiterin Ramona Schönfelder führte die Gäste zunächst durch das Museum, das derzeit umgebaut wird. Sie erklärte Einzelheiten zu den Baumaßnahmen und informierte über die Planungen zur künftigen Dauerausstellung. Im Mai 2014 soll das umgebaute Museum mit der neuen Dauerausstellung eröffnet werden. Bis dahin haben die Museumsmitarbeiter noch eine Menge Arbeit.

An der anschließenden Gesprächsrunde nahmen neben den beiden Wehrs, der Museumsleiterin und mir noch Birgit Klitzke vom Museum und Helmut Knop teil, der sich bereits seit den 1970er Jahren – lange Zeit gemeinsam mit Ludwig Arendt – mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in Eberswalde und Umgebung beschäftigte. Aufgrund des Umbaus sind derzeit die meisten Unterlagen des Museums nicht zugänglich. Ramona Schönfelder versicherte, daß das Museum sehr an weiteren Forschungen zu diesem Thema interessiert ist und auf weitere Kontakte mit den

Nachkommen von Philipp Zopf hofft. Friedemann Wehr zeigte sich darüber sehr erfreut, ließ aber auch durchblicken, daß der Umgang mit Philipp Zopf nach der Wende, als unter Ägide eines SPD-Bürgermeisters die Philipp-Zopf-Straße wieder nach Kaiser Wilhelm benannt wurde und auch die Philipp-Zopf-Schule in Finow ihren Namen verlor, ihn doch arg befremdet hat.

Nach dem Museumsbesuch folgte ein kurzer Rundgang durch das alte Stadtzentrum, wobei wir auch das einstige Wohnhaus der Zopfs in der Brautstraße besichtigten.

Nach dem Mittagessen im Restaurant »Am Finowkanal« fuhren wir noch zum Gut Lichterfelde. Dort hatten zur Abwehr des Kapp-Putsches am 15. März 1920 rund 200 bewaffnete Arbeiter unter Führung von Philipp Zopf versucht, eine Reichwehrkompanie, die sich im Gut festgesetzt hatte, zu überrumpeln.

Während dieser Aktion zog sich Philipp Zopf, der noch an einer Gasverletzung aus den letzten Tagen des Ersten Weltkrieges litt, eine Grippe zu. Daraus entwickelte sich eine Hirnhautentzündung, die zudem das Rückenmark angriff. Am 22. März 1920 starb Philipp Zopf.

Sein Sohn Philipp Wehr, in den 1930er Jahren SPD-Vorsitzender und Stadtverordneter in Eberswalde und von 1952 bis zu seinem Tod 1960 Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Bremerhaven/Bremen-Nord, schrieb in seinen



Erinnerungen: »In ihm ging ein echter Arbeiterführer davon, das haben damals alle Arbeiter gefühlt und über 10.000 Menschen trugen ihn die Breite Straße hinauf zu Grabe... Am Grabe sangen die Arbeitersänger das Lied: 'Es stand meine Wiege im niedrigen Haus...' Es war sein Lieblingslied, denn er war ein Sohn des Volkes.«

Die Grabstätte auf dem Eberswalder Waldfriedhof mit dem am 1. Dezember 1971 eingeweihten Gedenkstein, war dann die letzte Station des Besuchs von Friedemann und Anneliese Wehr (Foto).

Wenn es nach den beiden geht, war es nicht ihr letzter Besuch in Eberswalde. Das nächste Mal hoffentlich auch mit der Zopf-Enkelin Hannelore Wehr.

GERD MARKMANN

Erinnerungsort Eisenspalterei – Bilanz und Aussichten

Eberswalde (exil). Am 20. November findet im Erinnerungsort im ehemaligen Außenlager Eisenspalterei des Frauen-KZ Ravensbrück der Abschlußworkshop zu dem Projekt »Stärkung von Kompetenz für Arbeit am Erinnerungsort Eisenspalterei« statt. Seit Ende 2010 erzählt dort die Ausstellung »Wiedersehen mit Eberswalde – Hier gibt es keinen Haß mehr« vom Schicksal dreier Polinnen, die als Jugendliche nach Eberswalde in ein Außenlager des KZ Ravensbrück und zur Zwangsarbeit in den Ardetwerken verschleppt worden waren. Mit »Stärkung von Kompetenz für Arbeit am Erinnerungsort Eisenspalterei« verwirklichten wir 2012 und 2013 erstmalig ein Projekt, das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert wurde. Dauerhafter Partner war die Stadt Eberswalde.

Der Workshop beginnt um 13 Uhr im Innenhof des Kreishauses Am Markt 1 mit einem Stadtrundgang an Erinnerungsorte in Eberswalde: 1. »Wachsen mit Erinnerung« – ehemalige Synagoge, 2. Stolpersteine, 3. »Neuer Blumenplatz« – ein städtischer Schmuckgarten nach einem Gedicht von Czeslaw Milosz .

Ab 16 Uhr wird dann direkt im »Erinnerungsort Eisenspalterei« in mehreren Blöcken diskutiert. Elisabeth Schönrock moderiert die drei Diskussionsrunden.

Zum ersten Thema »Arbeitsförderung am Erinnerungsort Eisenspalterei« gibt der Projektleiter Kai Jahns einen Überblick. »Ist es gelungen, die Unterstützung von Erwerbslosen mit der Entwicklung des Erinnerungsortes zu verknüpfen?«. Projektmitarbeiter Patrick Meinhardt spricht zu den Fragen »Was fand an persönlicher Unterstützung statt?«, »Was wurde konkret gemacht?« und »Was konnte ich weitergeben?«

Im zweiten Diskussionsblock geht es um »Punkrock, Antifaschismus, Erinnerungskultur und 30 km bis zur deutsch-polnischen Grenze«. Lars Kroll, der Vorsitzende des Jugend- und Kulturvereins EXIL e.V. berichtet von seinem persönlichen Zugang zum Erinnerungsort Eisenspalterei und bietet Bilder der letzten 15 Jahre und Erzählungen dazu. Er meint: »Als Punks sind wir genau die Richtigen hier« und informiert darüber, was sonst im »Exil« noch so läuft. Ewa Czerwiakowski, Publizistin mit dem

Schwerpunkt Geschichte und Kultur und Übersetzerin erzählt wie sie die inhaltliche Entwicklung am Erinnerungsort begleitet hat und »was wir von den Überlebenden wissen«. Sie zeigt neue Dokumente und informiert über ihre »Sicht auf die Dinge hier«. Robert Rys ist Journalist, Chefredakteur, Verleger und Inhaber einer Lokalzeitung sowie Mitbegründer des Kultur- und Geschichtsvereins Terra Incognita in Chojna. Er erzählt von seiner Beziehung zu den Deutschen und was er von alledem hier hält.

Im Block 3 geht es um Ausblicke. Lars Kroll, Ewa Czerwiakowski und Kai Jahns referieren über die Entwicklung der Ausstellung »Wiedersehen mit Eberswalde – Hier gibt es keinen Haß mehr«, Lars Kroll, Kai Jahns und Denny Schröder zur Verknüpfung von Punkrock und Erinnerungsort. Schließlich sprechen Robert Rys, Ewa Czerwiakowski, Kai Jahns und Dr. Stefan Neubacher über die Verknüpfung von Erinnerung in Eberswalde und Chojna, über ein Punkrockfestival in Chojna 100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges und weitere deutsch-polnische Aktivitäten.

Notizen eines Neulings

Regionaldialog Uckermark-Barnim am 18. Oktober 2013 in Schwedt

Entsprechend Tagesordnung sollte über ländliche Entwicklung vor dem Hintergrund des sog. demographischen Wandels, über Förderpolitik und über grenzübergreifende Zusammenarbeit im Gebiet des Unteren Odertals/ Metropolregion Stettin (gemeint Szczecin) gesprochen werden. Ich war als Kreistagsabgeordneter eingeladen.

Unter Dialog hatte ich mir auch Gespräche zwischen betroffenen Bürgern und Verwaltungen vorgestellt. Ein solcher Dialog war aber nicht gemeint. Es waren ca. 50 Teilnehmer gekommen, überwiegend öffentlich angestellte Geschäftsführer, Amtsdirektoren, Bürgermeister und Verwaltungsmitarbeiter. Einfache Leute wie ich, ohne Rang und Titel, waren selten.

In den Kreisen Uckermark und Barnim gibt es Entwicklungen, die durchaus zur Sorge Anlaß geben. Bürgermeister und Amtsdirektoren können davon ein Lied singen. Wir kennen die Schlagworte: demographischer Wandel, Klimawandel, Energiewende, marode Straßen, fehlende und auch überdimensionierte Infrastruktureinrichtungen. Vieles funktioniert nur, weil es dafür Fördermittel gibt, die man clever einwerben muß. Es gibt »Jobs«, die einfach wegfallen, wenn es keine Fördermittel mehr gibt. So ein Amtsdirektor ist bei (für ihn) wichtigen Projekten mittelbar oder unmittelbar von Fördermitteln abhängig. Folgerichtig gab es auch Vorträge von Verwaltungsleitern, die sich mit Ihren Sorgen nicht zurückhielten und trotzdem versuchten, etwas Optimismus zu versprühen. Für Fragen und spontane Meinungsäußerungen, also eigentlichen Dialog, gab es nur wenig Zeit, abgesehen davon, daß die Zusammensetzung des Auditoriums dafür auch etwas einseitig war.

Bereits das Grußwort des Infrastrukturministers des Landes Brandenburg, zutreffender eine Information über Veränderungen in der Fördermittelvergabe, machte deutlich, was viele der Teilnehmer nach Schwedt getrieben hatte: Es war der Beginn der neuen Förderperiode ab 2014, die dadurch gekennzeichnet ist, daß die bisher zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel um 8,8% gekürzt werden. Konkret heißt das: im Vergleich zum Jahr 2013 fehlen ca. 25 Mio Euro. Zusätzlich fallen 114 Mio Euro EFRE¹-Mittel vom »Bund« weg. Der Wettbewerb zwischen den Kommunen um Fördermittel wird also härter. Leider war die ELER²-Leiterin nicht angereist. Es mußte also bei der »light version« (so sagt man wohl heute für Kurzfassung) des Ministers bleiben.

Ein weiterer Schwerpunkt, der Bevölkerungsrückgang auf dem Land, wurde in den Vorträgen der Amtsdirektoren an praktischen Beispielen belegt. Dabei wurde deutlich, daß die Probleme sowohl durch Überalterung als auch durch Landflucht, d.h. Wegzug junger Leute, verursacht werden. Es gibt keine Gegenkonzepte, aber durchaus Beispiele für Mißwirtschaft und nur wenige Fälle, in denen ein Gegensteuern gelungen ist. Es stellt sich die Frage, ob und wo es sinnvoll ist, Fördermittel

einzusetzen, um die Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges abzumildern. Ein Vortragender verwies auf grundlegende Arbeiten des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, die offensichtlich wenig bekannt sind.

Vergleichsweise sind Dörfer auf der Ostseite der Oder, d.h. in Polen, in den letzten Jahren stark gewachsen. Nicht zuletzt daraus erwächst die Idee, das betrachtete Territorium als gemeinsamen bilingualen Wirtschaftsraum (welch hehre Bezeichnung!) zu entwickeln. Die bei grenzüberschreitenden Projekten auftretenden Schwierigkeiten wurden leider nur angedeutet. Dazu gehört zunächst eine noch fehlende gemeinsame politische Position. Minister Vogelsänger hatte bereits auf eine Konferenz über Raumordnung im November 2013 in Szczecin hingewiesen.

Weitere Probleme ergeben sich daraus, daß es bisher nur mit wenigen polnischen Gemeinden den »Dialog vor Ort« gibt und daß zu Vorschlägen von deutscher Seite in der Regel von polnischer Seite Vorbehalte geltend gemacht werden, die auch auf fehlendem Vertrauen beruhen. An dieser Stelle habe ich mich gefragt, ob es richtig und auch klug ist, die seit nun mehr als 60 Jahren polnische Stadt Szczecin wieder Stettin zu nennen. Stettin zu sagen und zu schreiben ist – meine ich – keine vertrauensbildende Maßnahme. In Polen bedarf es vorzugsweise, die Polen werden dafür ihre Gründe haben, eines Abkommens auf Regierungsebene, um gemeinsame Projekte zu realisieren. Eine Chance wird in einem Entwicklungs- und Handlungskonzept der Euroregion Pomerania gesehen. In der Diskussion, die glücklicherweise nicht ganz ausfiel, habe ich den Begriff Eurodistrikt Trans Oderana EVTZ gehört. Dabei geht es um grenzübergreifende (Schienen-) Verkehrskonzepte. An großen Namen und Ideen fehlt es also nicht!

Im letzten Vortrag informierte ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums Brandenburg über Veränderungen im Umgang mit Mitteln für die Förderung der Europäischen territorialen Zusammenarbeit ETZ (bisher INTERREG). Hier gibt es zukünftig Vereinfachungen, also weniger Bürokratie, größere Flexibilität und mehr Konzentration auf Schwerpunktthemen.

Nun hätte es noch Diskussion geben können, aber es war Freitag und für Verwaltungsbeamte ist freitags um 13 Uhr Feierabend. Den hatten viele Teilnehmer gar nicht abgewartet und auch der Rest war nach dem Schlußvortrag schnell verschwunden, so daß der Regionaldialog nicht mehr zustande kam. Schade! Das Treffen hätte effektiver sein können.³

JOHANNES MADEJA

Anmerkungen:

- 1 – EFRE - Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
- 2 – ELER - Europäischer Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raumes.
- 3 – Vielleicht gibt es ja für die nächste Veranstaltung ähnlicher Art die Idee, auch Vertreter der polnischen Seite einzuladen und - nicht zuletzt - auch Bürgerinnen und Bürger aus Gemeinden, die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit polnischen Partnern haben und die es verstanden haben, mit der Landflucht fertig zu werden. Erfahrungsaustausch soll ja die billigste Investition sein - oder haben wir diese alte Weisheit aus DDR-Mangelzeiten auch über Bord geworfen?

Frakima-Lesenacht

Am 23. November lädt die Theatergruppe der Bernauer Frakima-Werkstatt zur Lesenacht. Unter dem Motto »Horoskope und anderer Hokuspokus« entführen die Schauspielerinnen und Schauspieler in eine spannende Mischung aus Lesung und Theater: Wer liest es nicht das tägliche Horoskop, manchmal klamm heimlich ohne daran zu glauben oder vielleicht ist doch was dran? Ein bißchen in die Glaskugel gucken und vorbereitet sein? Wir haben nicht nur in die Glaskugel geschaut sondern auch fleißig gelesen. In der Tageszeitung wurde so manch Unglaubliches, Grandioses und überaus Kurioses gefunden. Über allem schwebt wie immer der Humor, auch ohne Glaskugel.

23.11.2013, 20.30 Uhr, Reservierung unter 03338-5465, Eintritt 3 Euro (erm. 2 Euro), Frakima in Bernau, Breitscheidstraße 43a.

CHRISTIAN REHMER

Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

Freitag, 15. November, 19 Uhr:

Lesung mit Gabriela & Michael Gwisdek in der Stadtbibliothek. Eintritt: 10 Euro.

Das Team der Buchhandlung Mahler

Lichterkettenfest

Spechthausen feiert seit langem zum Advent das »Lichterkettenfest«. In diesem Jahr findet es am 30. November statt. Organisiert wird das »Lichterkettenfest« vom Spechthausener Sportverein. Unsere Feuerwehr ist dabei ganz große Klasse, wenn es um die Beleuchtung der großen Tanne geht.

Der Ortsvorsteher Karl-Heinz Fiedler spornt alle an zum guten Gelingen. Viele Familien mit ihren Kindern werden an diesem Nachmittag an der großen Tanne erwartet. Der Nikolaus kommt mit dem Traktor, von dem aus die Kinder beschenkt werden. Für Essen und Trinken sorgt der Sportverein gemeinsam mit der Dorfgemeinschaft. Wenn man an diesem Dorffest teilnimmt, bemerkt man, wie wohl eine solidarische Dorfgemeinschaft tut. Gäste sind uns gerne willkommen.

NORBERT GLASKE

Halbstundentakt zwischen Eberswalde und Berlin?

Antwort der Deutschen Bahn auf Anfragen von Dagmar Enkelmann

Ende August hatte Dr. Dagmar Enkelmann den Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für Brandenburg, Dr. Joachim Trettin, zu einem Vor-Termin an den Bahnhof Bernau eingeladen.

Nach Besichtigung des Bahnhofs samt Fahrradparkhaus übergab Dagmar Enkelmann Trettin ein Schreiben mit mehreren Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern an die Deutsche

Bahn, die an sie während ihrer Sprechstunden im Sommer herangetragen worden waren. Dabei ging es u.a. um die unzureichenden Verbindungen durch den RE 3 zwischen Eberswalde und Berlin oder die Frage, ob bei einer – nicht selten vorkommenden – Störung des Regionalbahnnetzes nicht die Gleise der S-Bahn durch die Regionalbahn genutzt werden könnten.

Im Antwortschreiben an Dagmar Enkelmann erklärt Trettin seinerseits, daß zunächst die bestellenden Verkehrsverbände VBB und VMV für eine verbesserte Verbindung Eberswalde-Berlin verantwortlich seien. Zugleich konstatiert der Konzernbevollmächtigte aber eine »deutliche Nachfragesteigerung« in dem nördlichen Bereich. Aus Sicht der Bahn würde sich deshalb ein »30 Min-Takt zwischen Berlin und Eberswalde« anbieten, heißt es in dem Schreiben. Diese Überlegungen gelte es, nun den Verkehrsverbänden nahezubringen.

Eine Nutzung von S-Bahn-Gleisen für die Regionalbahn und umgekehrt sei zwar technisch prinzipiell möglich, erklärt Trettin zur anderen Anfrage, diese wäre aber aufgrund der unterschiedlichen Stromsysteme sehr aufwendig. Solche Lösungen würden deshalb nicht einmal auf der hoch frequentierten Ost-West-Verbindung durch Berlin erwogen.

BÄRBEL MIERAU

Kulturbahnhof Finow:

»Meister und Margarita«



Mit atmosphärischen Klängen, die durch baltische Einflüsse facettenreich umgesetzt werden, bringt »Sequenz« Michail Bulgakows Roman »Meister und Margarita« dem Zuschauer musikalisch und dramatisch in der gleichnamigen Rockoper näher.

Am 19.11. um 20 Uhr im Kulturbahnhof Finow.

Anastasia Suvorov ist nicht nur Ideengeberin der Rockoper, sondern auch musikalische Komponistin. Literarisch untermalt werden die Songs mit Texten von Marcus Gesche, deren Inhalt sich auf den Roman Bulgakows beziehen.

Ein Schriftsteller in Selbstzweifel, dessen provokantes Werk von den Kritikern zermalmt wird; seine Geliebte, die verheiratete edle Margarita, deren Kraft in der Verwandlung zur Hexe offenbart wird; Voland und seine Anhänger, die Moskaus Straßen unsicher machen mit Spuk und Zauberei.

Wo wird das Ganze enden?

Eintritt: 8,50 Euro/ermäßigt 6 Euro. Karten online unter kulturbahnhof-finow.de oder direkt an der Abendkasse!

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und .../bbp-blog/

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: fdp, Markmann (5), Rud-Wolga, Sequenz, Zeichnung (S. 1): Harald Kretzschmar

drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 7. November 2013

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Kontonr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 5. Dezember 2013.

Mehr Kitaplätze

Eberswalde (bbp). Das Landesjugendamt hat eine Erhöhung der Kapazität in der Betriebserlaubnis von folgenden Kindertagesstätten genehmigt: Kita »Villa Kunterbunt«, Kita »Im Zwergenland«, Hort Eisenbahnstraße, Hort »Kleiner Stern« und Kita »Gestielter Kater«. Insgesamt erhöht sich damit die Kapazität der Kitas in der Stadt Eberswalde um 32 Plätze. Die Plätze verteilen sich auf alle Altersgruppen (Krippe, Kindergarten und Hort).

In den Kitas »Gestiefelter Kater« und »Pustelbume« wird die Frühförderung von 672 auf 1.760 Stunden erhöht. Ein weiterer Förderantrag wurde für die neue Kita »Haus der kleinen Forscher« in der Puschkinstraße gestellt, aber noch nicht beschieden.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)
- Ich möchte die Lesergruppe <https://www.facebook.com/groups/bbp.online/> nutzen
- Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)